

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 150 SONNTAG, 26. April 1936

Aus dem Inhalt:

Neuer Gestapo-Mord
Der Massenprozeß von Zeitz
Ersatz - Hindenburg
Im Dienste von Krupp

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Der Erste Mai 1936

Arbeiter, Sozialisten aller Länder!

Während in Afrika Giftgas und Bomben Menschenleiber zerstören, während der japanische Imperialismus drohend sein Haupt erhebt, während in Europa die Gefahr eines neuen Kriegsbrandes immer größer wird, rüstet ihr zum Ersten Mai der Arbeit, der Freiheit und des Friedens.

Was der Weltsozialismus stets verkündet, ist blutige Wahrheit geworden: Der Faschismus ist der Krieg. Der italienische Faschismus, der sein Land an den Rand des Abgrundes geführt hat, sucht in einem mörderischen Eroberungskrieg einen Ausweg. Der deutsche Faschismus schreitet in den Vorbereitungen, seine Eroberungspläne zu verwirklichen, immer weiter fort. Ein Vertragsbruch folgt dem andern. Der vertragswidrige Einmarsch der deutschen Truppen ins Rheinland droht zum Auftakt eines gewaltigen Offensivstoßes des deutschen Faschismus zu werden, der Europa in Brand stecken wird. Selbst der schwächliche Faschismus Oesterreichs wagt es, auf Geheiß seines italienischen Schirmherrn die Verträge zu brechen und Europa herauszufordern.

Nur eine gewaltige Anspannung aller Kräfte des Weltproletariats, aller jener, die Freiheit und Frieden wollen, vermag den gefährdeten Frieden noch zu retten. Nur die Verwirklichung der kollektiven Sicherheit, die dem Angreifer eine übermächtige Koalition von Kräften entgegenstellt, bereit, für den Frieden zu kämpfen, vermag den drohenden Angriff noch zu vereiteln. Aber die Sozialisten, die wahren Friedensfreunde aller Länder, erkennen, daß imperialistische und kapitalistische Interessen die bürgerlichen Regierungen immer wieder daran hindern, die kollektive Sicherheit voll zu verwirklichen; daß sie sogar die furchtbaren Greuel des italienischen Faschismus in Ostafrika

nicht zu entscheidender Tat veranlassen. Nur im rücksichtslosen Kampf gegen den krieglüsternden Faschismus kann die Kriegsgefahr abgewendet, nur durch den Sturz des Faschismus dauernder Friede gesichert werden. Der Kampf um den Frieden und der Kampf um die Freiheit sind untrennbar.

Darum gilt unser erster Gruß am Festtag der Arbeit den heldenmütigen illegalen Kämpfern gegen den Krieg, für die Freiheit und den Sozialismus in allen Ländern der faschistischen Diktatur!

Darum grüßen wir die Arbeiter Spaniens, die den Klerikofaschismus in ihrem Lande gestürzt und den Helden des Oktoberaufstandes die Freiheit gebracht haben!

Keine wirksamere Hilfe vermögen die Sozialisten in den Ländern der Demokratie ihren bedrängten Kampfgefährten in den Ländern des Faschismus zu bringen, als die, ihrem eigenen Faschismus siegreichen Widerstand zu leisten. Jede Niederlage des Faschismus in einem Land ist eine Niederlage des Weltfaschismus.

Die Demokratie kann sich nur dann der faschistischen Gefahr erfolgreich erwehren, wenn sie stark ist und entschlossen, die werktätigen Massen aus dem Elend der Krise herauszuführen. Der Kampf gegen die kapitalistische Krise ist zugleich der Kampf gegen die faschistische Gefahr. Aber die Sozialisten erkennen, daß nur kühne, weitreichende Maßnahmen die Krise zu mildern, nur der Aufbau der sozialistischen Wirtschaft im internationalen Maßstab ihr ein dauerndes Ende zu bereiten vermag. Daß die Bourgeoisie also immer wieder aus ihrem Klasseninteresse heraus vor den entscheidenden Maß-

nahmen der Krisenbekämpfung zurückschreckt. Gegen die Krise kämpfen heißt zugleich, für den Aufbau des Sozialismus wirken.

Die kraftvoll vorwärtsschreitenden Sozialisten der skandinavischen Länder haben gezeigt, wie die Sozialisten die politische Macht auf dem Boden der Demokratie erfolgreich zum Kampf gegen die Krise benützen. Ihr Beispiel ist Ermutigung für die Arbeiter aller Länder.

Die Arbeiterpartei Großbritanniens hat ihre imponierende Kraft in den Wahlen vom November 1935 bewiesen und steht mit gesteigerter Energie im Kampf um die Macht.

Die Arbeiter Frankreichs stehen inmitten heißen Ringens gegen kapitalistische Reaktion und Faschismus. Die Arbeiter Belgiens treten in die Wahlschlacht im Zeichen der Fortsetzung und des Ausbaus der Politik der Krisenbekämpfung. Von ihren Erfolgen in den großen Wahlkämpfen hängt Entscheidendes für das Schicksal Europas ab.

Darum gilt unser Gruß den Sozialisten Belgiens und Frankreichs, unsere leidenschaftliche Sympathie begleitet ihre Kämpfe!

Wir rufen die Arbeiter, die Sozialisten aller Länder, Männer und Frauen, auf, sich am Ersten Mai unter unseren Fahnen zu sammeln.

Unser Appell gilt der werktätigen Jugend; wie sie in der ersten Reihe der Opfer des Krieges und der Krise steht, so muß sie auch in der ersten Reihe der Kämpfer für die Befreiung der Menschheit marschieren.

Es lebe die Freiheit und der Friede!

Es lebe der internationale Sozialismus!

Brüssel, April 1936.

Das Bureau

der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.

Faschismus und Staatskapitalismus

Ein freibleibendes Versprechen der Militärs für die Kapitalisten

Wir haben kürzlich die Expropriationsangst geschildert, die einen Teil des deutschen Besitzbürgertums beherrscht. Sie ist durchaus verständlich, denn Inflation bedeutet letzten Endes immer Expropriation im großen Umfang, und dies um so mehr, da die Schachtschen Inflationsmethoden zugleich mindestens für einen großen Teil der Besitzenden die Flucht in die Sachwerte außerordentlich erschwert. Diese Furcht wird noch gesteigert durch die bange Frage, ob die indirekte Methode der Expropriation durch Inflation nicht im Laufe der totalen Kriegswirtschaft durch direkte Verstaatlichungsmaßnahmen ergänzt werden wird, nachdem die Wirtschaft durch die staatliche Regulierung der Rohstoffe, des Außenhandels, der Agrarproduktion, des Geld- und Kreditverkehrs bereits weitgehend dem staatlichen Zwang unterworfen ist.

Diese Sorge der deutschen Bourgeoisie wird immer größer, sobald die der deutschen analoge Wirtschaftspolitik des italienischen Faschismus ins Auge gefaßt wird. Die Wirtschaftskrise hatte in Italien ähnliche Wirkungen herbeigeführt wie in Deutschland. In beiden Ländern wurde die Sanierung der mit der Industrie eng verflochtenen Großbanken mit weitgehender Staatsunterstützung herbeigeführt. Der Staat erhält eine maßgebende Beteiligung am Kapital der Banken. In Italien wird der Sanierungsprozeß noch radikaler durchgeführt als in Deutschland. Die Banken werden von ihren eingefrorenen industriellen Krediten und Beteiligungen befreit. Diese werden in eine eigene Liquidierungs- und Sanierungsbank eingebracht, die praktisch im Besitz des Staates ist, der damit zugleich die Verfügung über einen erheblichen Teil der Industrie erhält. Im Gegensatz zu Deutschland wird zugleich die Trennung von Depositenbanken und Geschäftsbanken nach englischem Vorbild durchgeführt.

Der vermehrte unmittelbare Einfluß des Staates auf die Wirtschaft, das Resultat der Wirtschaftskrise, bildet Grundlage und Ausgangspunkt sowohl der nationalsozialistischen wie der faschistischen Kriegswirtschaft. Oberster Zweck der Wirtschaft wird die Kriegsvorbereitung. Sie erfordert, daß alle Produktivkräfte restlos dem Staate zur Verfügung stehen, und als wichtiges Mittel für diesen Zweck dient ihm die Kontrolle des gesamten Kreditapparats, um alles neu gebildete Kapital und alle Ersparnisse in den Dienst der Kriegswirtschaft stellen zu können. Schacht, ohnedies im Besitz eines Teils des Großbankensystems, sucht dies zu erreichen durch sein Kredit- und Sparkassengesetz, das ihm praktisch in der Tat die Verfügung über das ganze Kreditssystem in die Hand spielt. In Italien, wo der Übergang von der Kriegsvorbereitung zur Kriegswirtschaft sich bereits vollzogen hat, ist das Vorgehen wieder radikaler. Das Kreditssystem wird verstaatlicht. Die Kreditorganisation wird der Leitung eines Inspektors für das Spar- und Kreditwesen unterstellt, das vom (staatlich ernannten) Gouverneur der Notenbank geleitet wird und der direkten Kontrolle eines Ministeraushusses unter dem Vorsitz Mussolinis untersteht. Der Ausschuß

Die Requisiten des Wilhelmismus

Es ist alles wieder da! Kaisers Geburtstag wird am 20. April gefeiert, Majestät Adolf ruhen, an diesem Tage einen Segen von Orden und Beförderungen über seine Untertanen auszugießen. Man kopiert die wilhelminische Ära — angefangen von der Geburtstagsparade bis zur Beförderungsliste. Es sind dutzendweise Generale, Generalmajore und Generalleutnants gemacht worden. Die anvanementslose, die schreckliche Zeit für die Herren Offiziere ist vorbei.

An der Spitze der Liste stehen die Häupter der Militärelite. Der »Oberbefehlshaber der Wehrmacht«, Blomberg, hat sich zum »Generalfeldmarschall« befördern lassen, Fritsch und Göring zu »Generalobersten«, und Admiral Raeder zum »General-Admiral«. Das hat nicht einmal Wilhelm erfunden; denn der hat seinen Tirpitz nur zum »Groß-Admiral« gemacht. Sonst aber sind alle Requisiten des Wilhelmismus wieder beisammen, und das deutsche Volk hat — Gott sei Dank — wieder einen Generalfeldmarschall.

Es hat für diese Requisiten des kaiserlichen Militarismus eine Tradition gegeben; der Anwärter auf den Marschalltitel mußte eine Schlacht gewonnen oder einen Feldzug geführt haben — und wäre es auch nur ein Chinasfeldzug gewesen. Napoleon hat seine Marschälle auf den Schlachtfeldern nach gewonnenen Schlachten ernannt. Herr Blomberg ist Generalfeldmarschall dafür geworden, daß er nichts gesehen hat — zum Beispiel nicht die Leiche des Kollegen Schleicher und die

Fälschung des Testaments seines Vorgängers im Titel. Dafür heißt er nun Generalfeldmarschall Blomberg und steht groß da in der Pose des Siegers vom Feldzug an den Rhein. Wir müssen immerhin eines zugeben: gekostet hat auch dieser Generalfeldmarschall dem deutschen Volke schon genug, auch ohne Krieg und gewonnene oder verlorene Schlacht. Er ist ganz bestimmt von Anfang an ein treuer Generalfeldmarschall, und sein Titel soll jetzt schon 40 Milliarden Goldmark wert sein.

Es gibt noch eine andere fatale Parallele. Wilhelm II. hatte nicht immer eine glückliche Hand bei der Anwendung der Requisiten des kaiserlichen Militarismus. Er konnte es nicht abwarten. So hat er seinerzeit — selbst ein Imitator der Vergangenheit und der preußisch-deutschen Hohenzollernlegende — im Laufe der »Großen Schlacht in Frankreich« im Frühjahr 1918 mit großer Feierlichkeit Hindenburg das »eiserne Kreuz mit goldenen Strahlen« verliehen, das einst Blücher nach Belle-Alliance erhalten hatte, aber die Verleihung war gerade an dem Tage erfolgt, an dem das Schicksal der Schlacht sich gegen Hindenburg wandte und damit die letzte Wendung zur Niederlage hin begann. Der Imitator Wilhelms kann es auch nicht abwarten — er verteilt die Requisiten schon vor dem Kriegsausbruch.

Eine bescheidene Frage sei erlaubt: wo bleibt Göbbels, wo bleiben die donnernden Kriegserklärungen gegen die Reaktionen und die Monarchisten, gegen die offenen und heimlichen Anhänger des Wilhelmismus? Ist am Ende gar der Generalfeldmarschall Blomberg nicht von Blomberg selber oder von Wilhelm III. erfunden worden, sondern im Reichspropagandaministerium, hat am Ende Göbbels selber

seinen Führer inspiriert: das deutsche Volk braucht wieder seinen Generalfeldmarschall?

So wird nun Herr Blomberg neu kostümiert als Ersatz-Hindenburg dem deutschen Volke vorgestellt:

Und hält dabei gar imposant

Den Marschallstab in seiner Hand.

Leihamt — nur für Arier

»Die nationalsozialistische Gemeinde«, das Zentralblatt der NSDAP für Kommunalpolitik, teilt mit:

»...Der Oberbürgermeister der Stadt Dortmund hat seinen Beamten jeglichen Verkehr mit Juden untersagt. Ferner dürfen Juden weder Gegenstände beim Leihamt versetzen noch an öffentlichen Versteigerungen teilnehmen...«

Juden dürfen nichts versetzen, sie sollen lieber verhungern oder sich das Leben nehmen, damit der Ehrenmänner-Staat umsonst in den Besitz ihrer Habseligkeiten kommt.

Glänzende Berufsaussichten

»Die Standortführung der Hitler-Jugend veranstaltet zusammen mit dem Verkehrs- und Wirtschaftsamt der Stadt Dortmund in der Zeit vom 5. April bis zum 2. Mai im »Haus der Kunst« in Dortmund unter dem Titel »Schaffende Jugend« eine Ausstellung, die einen Ueberblick über die Berufsaussichten und Ausbildungsmöglichkeiten der heranwachsenden Jugend geben soll... Der erste Raum zeigt die Berufsmöglichkeiten. Man sieht, daß beispielsweise 1200 Jungen Automechaniker werden wollen, daß aber nur 15 Stellen vorhanden sind. Von 2000 Mädchen, die Verkäuferinnen werden möchten, können nur 300 untergebracht werden. Darum ergeht an die Jugend immer wieder die Aufforderung, aufs Land zu gehen.« (»Kölnische Volkzeitung«.)

Neuer Gestapomord in Köln

Ernst Jülich zu Tode gemartert

Die Grausamkeiten der Gestapo nehmen kein Ende. Wer als politisch Verdächtiger der Gestapo in die Hände fällt, und wer dann nicht freiwillig den braunen Häschern die ihnen erwünschten Geständnisse macht, der wird das Opfer der grausamsten Mißhandlungen und Folterungen, die in vielen Fällen nicht früher enden, bis der Tod den Gequälten und Gemarterten erlöst.

Diese »Vernehmungsmethoden« — die trotz aller gegenteiligen offiziellen Beteuerungen bis zum heutigen Tage geübt werden — haben jetzt ein neues Opfer gefordert. In Köln ist unser Genosse Ernst Jülich nach schweren Mißhandlungen durch die Gestapo im Gefängnis an den Folgen dieser Mißhandlungen gestorben. Ernst Jülich war von frühester Jugend an ein aktiver Mitkämpfer in der sozialistischen Arbeiterbewegung, und er gelangte schon früh in verantwortliche Stellungen der Gewerkschaftsbewegung. Er ist seiner sozialistischen Ueberzeugung bis zum letzten Atemzug treu geblieben, er hat ihr sein Leben geopfert. Wenige Tage nach seinem sechszwanzigsten Geburtstag erlöste ihn der Tod von den Qualen der grausamen Mißhandlungen seiner Peiniger. An seiner Bahre trauern seine Frau und seine beiden Kinder.

Aus Köln wird uns zu dem tragischen Tod unseres Genossen Ernst Jülich noch geschrieben:

»November 1918: Der Krieg war zu Ende, Soldaten und Arbeiter revoltierten, die Monarchie brach zusammen, Revolution in Deutschland! Fast überall flammten erbitterte Kämpfe auf, besonders schwer in Berlin. Dort stand in den vordersten Reihen der kämpfenden Arbeiterschaft ein junger Mann von etwa 25 Jahren. Als Mitglied des Vollzugsrats in Berlin kämpfte er in Wort und Schrift um die Sicherung der freiheitlichen Entwicklung in Deutschland. Dieser junge Mann war Ernst Jülich. Krieg und Revolution hatten ihn nach Berlin gebracht.

Ein Jahr später kehrte er aber in seinen alten Wirkungskreis nach Köln zurück. Dort machte er sofort den unangenehmsten aller Kämpfe, den Fraktionenkampf im Me-

tallarbeiterverband, mit. In erster Linie aber kämpfte unser Freund Ernst an der Spitze seiner Kollegen für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, nahm aktivsten Anteil an der Auseinandersetzung mit den besonders sturen Arbeitgebern in der Kölner Metallindustrie. 1921 wurde er fast einstimmig in der Generalversammlung zum Angestellten gewählt. Damals hatte er keine Feinde, sicher keine persönlichen. Er war zu jeder Zeit der hilfreiche Kollege, alle Sorgen, alle Nöte des Lebens wurden in seinem kleinen Büro besprochen, er war immer und überall für seine Kollegen zu sprechen. Er sprach die Sprache seiner Kollegen, er fühlte mit ihnen, niemals trennte er sich von ihnen. Ernst Jülich kannte die Gesetze, sein Rat war jedem erwünscht, er verlor nie die Geduld, immer hatte er Zeit, und er half überall, soweit er konnte. Wenn es im Betrieb etwas gab, dann mußte Ernst Jülich hin, wenn es eine Vertretung vor dem Arbeitsgericht gab, dann wurde Ernst Jülich gern gesehen. Er verstand mit viel Geschick und Umsicht, die Sache der Kollegen zum Erfolg zu führen. Und er hatte sich in zwölf Jahren mühseliger Kleinarbeit Ansehen erworben, wie es eben nur einem durch und durch ehrlichen und gewandten Manne möglich ist.

Als dann die »Gleichschaltung« kam, da war es Ernst Jülich, der als letzter das Büro in der Severingstraße verließ. Dann kam er vier Wochen in Schutzhaft. Man entließ ihn schließlich, obwohl er den Nazis kein Unbekannter war. Denn er war bei Wind und Wetter in den politischen Versammlungen gewesen, hatte als Referent kein Blatt vor den Mund genommen, ob es in der Hochburg des berichtigten Dr. Ley, in Lovrenken, oder in einem entlegenen Dörfchen der Eifel oder des bergischen Landes war. Oft redete er gegen eine Uebermacht der Nazis. Immer bewies Ernst Jülich Unerschrockenheit und Mut. Das imponierte schließlich auch manchem Nazi, und so kam er immer wieder heim nach Hause.

Nun haben sie ihn erschlagen. Erschlagen im Gefängnis. Zu Tode geprügelt wie so manchen anderen, nur weil er nichts sagen wollte, weil er bis zum letzten Atemzug aufrecht blieb. Ernst Jülich war vor

einigen Wochen verhaftet worden. Mit ihm waren noch etwa sechzig andere ehemalige als SPD-Leute bekannte Männer in Köln verhaftet worden. Niemand wird man ihnen etwas nachweisen können. Man hat diese Männer einfach gefürchtet, denn man fühlt das Unhaltbare des jetzigen Zustandes. Man ist sich im Westen Deutschlands einfach nicht seiner Sache sicher. Deshalb muß man immer wieder Angst und Schrecken verbreiten, und deshalb muß man immer wieder eine Unmenge Familien unglücklich machen.

Unter den sechzig Verhafteten befand sich neben Ernst Jülich auch der Sozialdemokrat E. Reiter. Von diesem behauptet die Polizei, er habe sich im Gefängnis erhängt. Genau so, wie man es von Ernst Jülich behauptet hatte. Da wir im Falle Jülich wissen, daß man ihn zu Tode geprügelt hat — seiner Frau wurde gestattet, die letzten Nächte seines Lebens an seinem Bette zu bleiben —, so haben wir berechtigten Grund zu der Annahme, daß man auch Reiter umgebracht hat. Die Gestapo hat den Angehörigen verweigert, ihren Toten noch einmal sehen zu können. Das allein genügt. Eines anderen Beweises bedarf es gar nicht. Trotzdem alles heimlich vor sich gehen sollte, waren bei der Beerdigung des Genossen Reiter 700 Personen anwesend, selbst die zahlreich anwesenden Gestapoleute konnten das nicht verhindern.

Wir verneigen uns vor den beiden Toten, ebenso wie vor den vielen anderen Opfern, die das System auf dem Gewissen hat. Die Toten können nicht mehr reden. Aber wir werden ihr Vermächtnis erfüllen.

Wie sagte doch Hitler beim Tode Gustloffs? »An unserem Wege liegt nicht ein einziger Toter der Gegner, kein Erschlagener.« Unsere Toten von Köln strafen den »Führer« Lügen. Hier sind zwei neue Namen zu der langen Liste von Ermordeten und Erschlagenen gefügt, die im Namen Hitlers umgebracht wurden, nur weil sie Gegner des HitlerSystems waren. Wir werden keinen dieser Toten vergessen, und ihre Mörder werden ihrer Strafe nicht entgehen.

sorts Aufgaben zu, von denen sämtliche wirtschaftlichen in eine Hand zusammengefaßt werden sollen. Auf Grund der Forderungen des Soldaten müsse eine planvoll ausgerichtete Arbeit durch alle wirtschaftlich beeinflussten Ressorts erfolgen. Aber die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie lehnt der Oberst ab:

»Die umgestaltende und eindringliche Erziehung des Dritten Reichs wird auch den deutschen Industrieführer wirtschaftlich so einstellen, daß er die ihm übertragene Aufgabe ohne Verstaatlichung seines Betriebes voll erfüllen wird.«

Auch zum Arbeiter hat der Oberst Vertrauen.

»Ich bin gewiß, daß der deutsche Arbeiter seine wehrwirtschaftliche Pflicht auch dann ohne Murren erfüllen wird, wenn die Not des Staates ihm wirtschaftlich nicht das geben kann, was er gerne möchte.«

Dem Unternehmer die Rüstungsgewinne, dem Arbeiter die Lohnkürzung — es ist die nationalsozialistisch-militärische Veredelung des alten preußischen Grundsatzes *sum cuique, jedom das Seine!*

Der Herr Oberst führt auch seine Gründe gegen die Verstaatlichung an:

»Unser Wunsch sei, im Ernstfall die ganze Kraft der hochentwickeltesten deutschen Wirtschaft einzusetzen. Je mehr Betriebe, die in Friedenszeiten Güter des zivilen Bedarfs herstellen, im Ernstfall auf Rüstungsgerät umgestellt werden können und je geringer im Frieden die Anzahl reiner Rüstungsbetriebe sein müsse, desto erfolgreicher werde die Leistung der deutschen Kriegswirtschaft sein.«

Man sieht, die Verstaatlichung ist für den Oberst eine bloße Zweckmäßigkeit. Jetzt ist sie noch nicht notwendig, es genügt die Kontrolle. Wichtig ist, daß dafür gesorgt ist, daß auch die Unternehmungen für den zivilen Bedarf jederzeit auf Kriegsbedarf umgestellt werden können, und daraus ergeben sich auch die wirklichen Grenzen, die in Deutschland wie in Italien der zivilen Güterproduktion in Wirklichkeit gezogen werden. Aber wie lange diese Grenzen ohne Verstaatlichung eingehalten werden können, wenn sich aus

den Ansprüchen der zivilen Produktion größere Reibungen ergeben, bleibt durchaus fraglich und kein Zweifel kann dann daran bestehen, daß der »Befehl des Soldaten« das letzte Wort sprechen wird. Das Versprechen der Wehrmacht bedeutet deshalb für den deutschen Kapitalisten noch lange nicht das ewige Heil.

Dr. Richard Kern.

Exdiktators Geburtstag

Vor zwanzig Jahren war General Ludendorff der militärische Diktator Deutschlands. In den ersten Jahren der nationalsozialistischen Bewegung galt er, nicht Hitler, als kommandierender Führer des Dritten Reichs. Jetzt ist er ein einsamer alter Mann, der mit seiner Frau Mathilde zusammen ein pärrisches Blatt herausgibt. Und weil das Blatt so närrisch ist und weil sein Herausgeber immer noch von einer gewissen nationalen Glorie umgeben ist, darf er doch eher noch einmal eine Lippe räkieren als ein anderer Untertan des Dritten Reiches.

So setzte sich der deutsche Exdiktator hin und schrieb am Vorabend seines Geburtstages einen Brief an seine Freunde. Sie sollten ja nicht zu ihm kommen, um ihm zu gratulieren, sie würden von Polizei umringt sein, wenn sie in seine Nähe kämen. Er, Ludendorff, habe heute in Deutschland weniger Rechte als ein Jude, denn die Juden dürften noch im Emet-Brith-Orden zusammenkommen, während ihm jede Zusammenkunft mit seinen Freunden verwehrt sei.

Dies war der einundsteibzigste Geburtstag eines deutschen Diktators. Kurz darauf feierte Hitler mit barbarischem Pomp seinen siebenundvierzigsten.

Befehlsgehörige Selbstbesmutzung

In jeder Diktatur werden aus persönlichen Intrigen und Rankünen unter der herrschenden Clique Staatsaktionen. Aus dem Zorn des kleinen Göbbels gegen Eckener ist eine Affäre geworden, die die Weltpresse beschäftigt hat. Nun ist die Intrige weiter gegangen, Eckener hat sich bei Göring beschwert, der hat die Achseln gezuckt und die weitbewegende Affäre verläuft im Sande.

Was davon übrig bleibt, ist die neuerliche Enthüllung der Servilität der gleich-

geschalteten Presse. Wie der Chef eines Revolverblattes hat Göbbels verboten, den Namen Eckener in der deutschen Presse zu erwähnen, und prompt existiert Herr Eckener nicht mehr. Er hat bei seiner Amerika-fahrt eine Reihe von Journalisten um sich gehabt — und siehe, seine Gäste kennen ihn nicht mehr, selbst seine intimsten Freunde nicht. Herr Max Geysenheyner von der »Frankfurter Zeitung«, einer der ältesten Bekannten und intimsten Freunde von Eckener, hat an dieser Fahrt teilgenommen. Er hat in der »Frankfurter Zeitung« spaltenlang darüber berichtet. In diesen Berichten findet man die Namen vom Kapitän Lehmann und von Knud Edener, aber Dr. Eckener wird befehlsgemäß nicht erwähnt.

Wegen einer Laune eines Haßbols aus der herrschenden Clique machen sich die Redakteure eines Blattes von Weiruf befehlsgemäß dreckig.

Ein Witz - 15 Monate

Vor dem Sondergericht in Essen stand der Arbeiter Wilhelm Klinkhammer als Angeklagter. Das polizeiliche Zeugnis, so heißt es im Gerichtsbericht, »sprach nicht gerade für den Angeklagten; darin heißt es, daß Klinkhammer noch immer zu den Zentrumsanhängern zu rechnen sei«. Der Mann mit dem verdächtigen Polizeizeugnis hatte seinen Arbeitskollegen einen Witz erzählt, der »die Runde machte« und in dem »der Führer beschmutzt wurde«. Weiter heißt es in dem Bericht:

»Der Vertreter der Anklage forderte eine Gefängnisstrafe von einem Jahr und neun Monaten. Das Sondergericht schloß sich der Ansicht des Staatsanwalts an und verurteilte Klinkhammer wegen zweier Vergehen zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und drei Monaten.«

Die gewaltigen Wahlsieger schießen mit Kanonen auf Witze — so sicher fühlen sie sich.

Zuwiderlaufende Ziele

»Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 ist der »Völkerverbündigungsbund e. V.« für das gesamte hamburgische Staatsgebiet verboten und aufgelöst worden, weil die Ziele des Bundes denen des nationalsozialistischen Staates zuwiderlaufen.«

(»Hamburger Fremdenblatt«, Nr. 91)

Deutsche Streiflichter Schwächen des Nachbarn

Uns liegen Anweisungen vor, die das belgische Ministerium für Landesverteidigung, Kommissariat für Passiven Luftschutz des Landes, herausgibt. Das Dokument beweist, daß auch Belgien mit der Möglichkeit eines sehr plötzlichen Ausbruchs der Feindseligkeiten ohne vorhergehende Kriegserklärung rechnet. Dementsprechend wird empfohlen, die gegen Brandbomben zu ergreifenden Vorsichts- und Lösungsmaßnahmen schon bei Beginn der diplomatischen Spannung ins Werk zu setzen. Dazu gehören im Wesentlichen solche Ratschläge, die in Deutschland als allgemeingültige staatliche Befehle schon seit Jahr und Tag verwirklicht worden sind. Die belgische Regierung sieht die Gefahr der Brandbomben, deren Wirkung eingehend geschildert wird, sehr ernst. Es wird berechnet, daß jedes Flugzeug bei jedem Fluge über eine normal bebaute Stadt mehrere Dutzend Brandherde verursachen wird. Mit der schon bestehenden Liga für Luftschutz soll nun über das ganze Land eine Organisation aufgebaut werden, die im Ernstfall sofort funktionsfähig sein soll. Das ganze ist auf den Grundsatz der Freiwilligkeit staatsbürgerlicher Pflichterfüllung aufgebaut. Was auffällt, ist das Vorwiegen theoretischer Aufklärung und das Fehlen jedes Zwanges für die praktischen Maßnahmen, zu denen es nur dann rechtzeitig kommen wird, wenn überall die nötige Einsicht vorhanden ist. Jedenfalls sind diese Luftschutzvorbereitungen nicht entfernt mit der das letzte Haus erfassenden Organisation im Dritten Reich zu vergleichen. Die Anweisungen zeigen, welches hohe Vertrauen die belgische Demokratie in die politische Schulung, die Voraussetzung und das staatsbürgerliche Pflichtgefühl aller ihrer Bürger und Bürgerinnen setzt. Ob das aber den Mangel einer befehlsmäßig automatisch funktionierenden Luftschutzorganisation ausgleichen kann, wagen wir zu bezweifeln. In dieser Ueberschätzung des freiwilligen Einsatzes aller Staatsbürger, so sehr er sittlich dem Zwang vorzuziehen ist, scheint uns eine der Schwächen der westeuropäischen Demokratien gegenüber den militärisch bis ins Letzte vorbereiteten Diktaturen zu liegen. Es ist zwar richtig, daß der moderne Krieg von jedem Beteiligten höhere Intelligenz erfordert als alle früheren, aber gerade weil er auch die gesamte Zivilbevölkerung aktiv oder passiv durch die Technik der gewaltigen Kriegsmaschinerie erfaßt, ist das Volk im Vorteil, das sich schon im Frieden auf alle Möglichkeiten vorbereitet.

Vom Führerprinzip zur Lächerlichkeit

Neulich hat eine rheinische Karnevals-gesellschaft, die ihrer närrischen Gemeinde den Tod des langjährigen Vorsitzenden zu melden hatte, den dahingeschiedenen braven und trinkfreudigen Bürger als einen der »großen Führer« dieses karnevalistischen Vereins gerühmt. Ganz im Ernst und nicht etwa als letzten Fastnachtscherz und karnevalistische Huldigung an den Verblichenen. Jetzt lesen wir in einer westdeutschen Zeitung, die der Konfektionsbranche nahesteht und nicht unbedingt auf rein arische Rassenzugehörigkeit Wert legt, ein Inserat folgenden Inhalts: »Detail-Herrenkonfektionshaus sucht ausgesprochene Führernatur mit nachweisbaren Erfolgen in der Branche.« Außerdem soll der Gesuchte auch eine »Verkaufsgröße« sein, also ein »ausgesprochen« großer Mann, sozusagen ein Hitler der Herrenkonfektion.

Wird sich der Nationalsozialismus diese Profanierung eines seiner höchsten weltanschaulichen Grundsätze noch lange gefallen lassen? Kann er diese Entweihung des Führerprinzips hinnehmen? Was bleibt auf die Dauer von Hitlers Nimbus übrig, wenn jeder Ladenachswengel und jeder reisende Heringsblinder sich zum Führer seiner Branche ausrufen darf?

1,5 Millionen Haushaltungen ohne eigene Wohnung

Das Institut für Konjunkturforschung beziffert die Differenz zwischen der Anzahl der Familien oder Haushaltungen ohne eigene Wohnung und den tatsächlich vorhandenen Wohnungen Ende 1935 auf 1,5 Millionen. In den drei Jahren des Aufschwungs auf allen Gebieten ist auch die Zahl der fehlenden Wohnungen um 400.000 gestiegen, denn Mitte 1933 waren es immerhin nur 1,1 Millionen. Sowohl Oberbürgermeister Gördeler wie das Institut für Konjunkturforschung halten etwa 750.000 der Haushaltungen ohne eigene Wohnung wirtschaftlich für nicht in der Lage, eine Wohnung zu bezahlen. Niemals war in den Jahren der »Schmach« nach dem Kriege

In der Stadt Zeitz und einigen Bergarbeiterdörfern der Umgegend sind neuerdings durch die örtliche Gestapo und Polizei wieder Hausdurchsuchungen vorgenommen worden. Der Grund zu dieser polizeilichen Maßnahme scheint darin zu liegen, daß im Zeitzer Gebiet eine illegale Zeitung erschien, die in überaus scharfer Weise zu den Vorgängen um den Zeitzer Prozeß Stellung nahm. Die Hausdurchsuchungen sind aber anscheinend resultatlos verlaufen, da Verhaftungen im Anschluß daran nicht erfolgt sind.

Der Beginn des Prozesses

Am 16. 17. und 18. April standen von den 150 Angeklagten des Zeitzer Prozesses 14 vor dem Gericht, darunter die SAP-Leute Erich Hildebrandt, Dr. Rudolf Agricola; ferner die Sozialdemokraten Kurt Wagner, Ernst Beier und Otto Weber und zwei Frauen, alle im März 1935 verhaftet.

Als Verteidiger fungierten 5 Magdeburger Rechtsanwälte: für Erich Hildebrandt und Dr. Agricola der Rechtsanwalt R. Werlitz.

Die Verteidiger legten keinen Protest ein, als der Staatsanwalt Ausschluß der Öffentlichkeit und der Presse für die ganze Dauer des Prozesses forderte.

Sie legten keinen Protest ein, als dieser Antrag ohne jede Beratung vom Vorsitzenden des Gerichtes als Beschluß erklärt wurde.

Sie legten auch keinen Protest ein dagegen, daß als Vorsitzender des Gerichtes ein Mann fungiert, der zu allermindest als befangen abzulehnen wäre, denn der Senatspräsident Räck, der die Verhandlungen leitet, war wiederholt Gegenstand der schärfsten Kritik jener illegalen Zeitungen, die hergestellt oder vertrieben zu haben, den Angeklagten vorgeworfen wird.

Bei Eröffnung der Verhandlungen war der Zuhörerraum des Gerichtssaales völlig leer. Nur 8 gut bewaffnete Vertreter der Polizei waren neben den beiden anwesenden Prager Rechtsanwälten Dr. Ilja Kříženecký und Dr. Vladimír Štěpánek zu sehen.

Nach der Vernehmung zur Person, die vor allem wissen wollte, wieviele Eisener Kreuze oder sonstige Orden jeder der Angeklagten hat, wurde sofort die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

ein solcher Tiefstand im Wohnungswesen vorhanden. Im Jahre 1923 wurde die Zahl der fehlenden Wohnungen auf 600.000 geschätzt, und gerade die sozialdemokratische Wohnungspolitik hat bis in die schwersten Jahre der Krise Leistungen aufzuweisen, die wahrscheinlich in keinem anderen Lande erreicht, sicher aber in keinem übertroffen worden sind. Die in der Sozialdemokratie allgemein gültig gewesene Abneigung gegen Selbstlob und damit verbunden eine Unterschätzung der Notwendigkeit des Herausreichens eigener Leistungen, wie sie nun einmal massenpsychologisch unbedingt erforderlich ist, hat stets verhindert, daß der sozialistische Wohnungsbau Deutschlands in der Welt so bekannt wurde, wie es wünschenswert gewesen wäre. Jetzt wird in Deutschland nur ein Bruchteil der früheren Wohnungserstellung geleistet und technisch weit

Der Massenprozeß von Zeitz

Neue Hausdurchsuchungen in Zeitz

Auch die beiden Prager Juristen mußten den Gerichtssaal verlassen. Es muß dem Gericht sehr unangenehm sein, wenn bekannt wird, wie die Anklage zustande kam, wie die Gestapo sie ergründet hat und wie wenig beweiskräftig sie ist.

Dr. Agricola wurde mit einem Kopfverband zur Verhandlung gebracht. Unter den in Zeitz Verhafteten befindet sich die Ehefrau des ehemaligen preußischen Staatsrates Karl Gutjahr, der im Spätsommer 1934 in Hamburg zu hoher Zuchthausstrafe verurteilt worden ist.

In Berliner Regierungskreisen ist man beunruhigt, wie genau die Weltpresse über die Vorgänge im Zeitzer Industriebezirk unterrichtet ist und mit welcher Schärfe die gesamte europäische und amerikanische Presse zu dem Zeitzer Prozeß Stellung nimmt. Das Propagandaministerium hat in einem Sondererlaß der deutschen Presse verboten, über den Zeitzer Massenprozeß zu berichten.

Im Anschluß an den Hauptabschnitt des Zeitzer Prozesses werden zwei Prozeßabschnitte gegen ehemalige Mitglieder der sozialistischen und kommunistischen Arbeiterjugend durchgeführt werden. Die Angeklagten sind 18—20 Jahre alt. Verhandlungs-ort ist gleichfalls Magdeburg.

Der am 15. begonnene Hauptprozeß soll nach den Plänen der Anklagebehörde mit dazu dienen, die juristische Grundlage für die darauf folgenden Jugendprozesse zu liefern.

Der Kronzeuge

Die für die Anklage wichtigste Figur im Zeitzer Prozeß ist der Gestapo-Kommissär Frank aus Halle. Er leitete die Verhöre und die Verhaftungen. Er schaffte die Anklageschrift. Er und seine Beamten treten bei den Verhandlungen als die Zeugen auf. Darum ist es gerechtfertigt, Frank etwas genauer zu schildern.

Vor einigen Tagen kam aus Halle die inzwischen bestätigte Nachricht, daß der 29-jährige Tischler Paul Siebert nach kurzer Haft im Polizeipräsidium in Halle von der Gestapo zu Tode mißhandelt worden ist. Seine Leiche wurde in einem verschlossenen Zinkarge von der Polizei nach dem Gertraudenfriedhof in Halle gebracht. Unter Teil-

nahme vieler Arbeitskollegen und vieler sozialdemokratischer Parteifreunde fand die Beisetzung Paul Sieberts statt. Die Besichtigung der Leiche war von der Polizei ausdrücklich untersagt worden.

Die Hallesche Gestapo steht unter Leitung des 36jährigen Kriminalkommissars Frank; auf dessen Konto kommt dieser neue Mord.

Frank war bereits vor 1933 in der politischen Abteilung der Halleschen Polizei tätig. Vor dem Januar 1933 zeigte er eine betont republikanische Gesinnung, mit der er bei linksbürgerlichen und sozialdemokratischen Vorgesetzten, Parteistellen und Parteiführern seine Karriere beschleunigen wollte. Er wurde nach 1933 in die Gestapo übernommen. Frank ist in ganz Mitteldeutschland als ein besonders brutaler Kriminalbeamter bekannt, der Geständnisse durch schlimmste Mißhandlungen und mittelalterliche Folterungen erpressen läßt. Auf sein Konto fällt der Mord an der jungen Landtagsabgeordneten Clatzer, die während des Verhörs durch Frank in sadistischer Weise totgeprügelt worden ist. Ebenso kommt auf sein Konto der Mord an dem 35jährigen Fritz Rauh, ehemalige Redakteur am Halleschen Klassenkampf, der zu Tode gequält wurde, weil er sich standhaft weigerte, die Verbindungen zu der illegalen Berliner Leitung preiszugeben.

Dieser Frank leitete in Zeitz die Voruntersuchung. Bleiche Furcht und Schrecken erfaßt die Menschen draußen auf dem Markt, wenn aus dem Gewandthaus — der Gestapozentrale — die lauten Schreie der gemarterten Menschen drängen. Weinende Frauen, verstörte Kinder warteten draußen, wenn wieder einer zerprügelt, blutend und bleich über den Markt ins Polizeigefängnis hinübergeschafft wurde.

So kann der Anklagevertreter sagen: »Das Anklagematerial ist vom Standpunkt des Gerichtes aus sicher und gefestigt. Entlastungsmomente sind nicht gegeben.«

Hinter den verschlossenen Türen im Magdeburger Justizpalast beschwört Kommissar Frank und seine Gestapobeamten die Protokolle. Alle Zeugen stehen in Diensten der Gestapo. Darum muß die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.

Die allgemeine Wehrpflicht wird vom Regime trotz eindeutiger Bejahung der Millionenheere nicht ausgenützt. Soweit sie ausgenützt wird, geschieht dies unter Verlegung des Schwergewichtes auf die konservativen Gesellschaftsschichten. Bauern einerseits und sozial unverwurzelte, unzufriedene Jugend andererseits, bilden das Hauptreservoir des deutschen Mannschaffersatzes.

Aber damit kann keine Truppe auskommen. Wohl oder übel müssen heute die technischen Truppen verstärkt werden. An sich wären dazu die modernen Industriearbeiter berufen. Sie aber sind die eigentlich Unterdrückten im Dritten Reich. Daher auch die gefährlicheren. Folglich muß man versuchen, sie durch Züchtung anderer Schichten wenigstens teilweise entbehrlich zu machen. Soweit sie im industriellen Kriegsprozeß stehen, werden sie nicht so leicht rebellieren wie an der »Front«. Darum versucht man aus der kleinbürgerlichen Massenbewegung der NSDAP und ihrer Formationen, nicht zuletzt aus der Hitler-Jugend und dem Nationalsozialistischen Kraftfahr-Korps, zuverlässige Truppen zusammenzustellen. Das junkerlich-nationalsozialistische Bündnis findet in dieser Arbeitsteilung seinen militärischen Ausdruck. Deutsche Presseberichte besagen, daß da, wo die alten Militärs ausschlaggebend sind, die technischen Truppen fast ausschließlich dem NSKK entnommen werden. Trotzdem sind sie kein vollwertiger Ersatz für den qualifizierten Industriearbeiter. Die weitsichtigeren und modernen Militärs halten in Uebereinstimmung mit Fuller und anderen den Industriearbeiter für den allein möglichen Soldaten eines modernen Heeres. Ein Bericht über die Panzerbrigade der Reichswehr (Truppenübungsplatz Wünsdorf) besagt laut »Berliner Börsen-Zeitung« vom 20. November 1935, daß »die meisten von den jungen Rekruten gelernte Schlosser, Mechaniker und Monteure« waren. So verschieden gestaltet sich also die deutsche Rüstungspolitik. Von der Ausnutzung der allgemeinen Wehrpflicht kann also weder quantitativ noch qualitativ die Rede sein. Diese Tatsachen berechtigen leider nicht zu dem Schluß, daß das Dritte Reich aus Furcht vor dem Zusammenbruch bestrebt sein wird, kriegerischen Verwickelungen aus dem Wege zu gehen. Dann hätte auch der Wilhelmismus pazifistisch sein müssen, er war es — wie wir wissen — nicht!

Wehrpflicht und System

Angst vor dem »inneren Feinde«

Wie einst Ludendorff und andere konservativ-alldeutsche Militärs dem Wilhelmismus die Nichtausnutzung der allgemeinen Wehrpflicht zum Vorwurf gemacht haben, so haben die Nationalsozialisten nach dem Kriege in diesem Fehler den entscheidenden Mangel des Kaiserreiches gesehen. Ansonsten war der preußische Militarismus für sie in Ordnung. Daß die Nichtausnutzung der Wehrkraft aus Furcht vor den proletarischen Schichten unterblieb, ist dokumentarisch erwiesen, doch der Nationalsozialismus weiß davon nichts, für ihn war es der »liberalistisch« verseuchte Reichstag, der die Rüstung sabotierte.

Heute ist das anders, es werden auch die städtischen Schichten herangezogen, aber nur ganz bestimmte, soweit es auf den Nationalsozialismus ankommt. Der Konservatismus, nach wie vor am stärksten behelmatet in Ostpreußen, hat sich auch jetzt wieder eine wichtige Sicherung geschaffen:

während überall nur ein Jahrgang in die Armee eingereicht wird, sind es in Ostpreußen zwei, dadurch wird der bäuerlich-klein-städtische Einfluß gegenüber dem proletarisch-großstädtischen gesichert.

Und gerade in Ostpreußen ist der Bauer stärker als anderswo weitaus enger mit den Agrarkonservativen als mit den Nationalso-

zialisten verbunden. Nicht zufällig sucht der Gauleiter Koch in Ostpreußen seine Stütze in der Landarbeiterschaft. Interessanterweise behaupten die ostelbischen Offiziere auch heute noch, der Bauer sei der beste Soldat.

Während die Wehrkraft in Ostpreußen sehr stark ausgenützt wird, sieht es in den Städten anders aus. Die reifsten Jahrgänge, nämlich jene von 1900 bis 1909 sind der Reserve überwiesen und erhalten keine Ausbildung. Diese Menschen wissen noch etwas vom Krieg, haben die Revolution erlebt, waren »Marxisten« usw. Eingezogen werden die 20- und 21jährigen. Sie fingen eigentlich erst zu denken an, als die Krise wütete, sie wissen nichts von den Leistungen der sozialistischen Bewegung, waren niemals fest verwurzelt, sondern in der Regel stets verzweifelt. Mangels Unkenntnis und eigener Erfahrung waren diese Jungens der nationalsozialistischen Demagogie zugänglich. Darum sind sie heute relativ ungefährlich im Wehrpflichtheer. Diese Jahrgänge sind infolge des Geburtenausfalls während des Krieges nicht sehr stark, auch nicht sehr gesund, und zwar weder in körperlicher, noch in geistig-seelischer Hinsicht. Besonders klein ist die Zahl der dienuntauglichen Männer in den Jahren 1936—1940, wo sie ständig schrumpft.

Erpressung im Dienste Krupps

Hermann Göring als Agent der Rüstungsindustrie

I.

Vor Tagen überraschte Südslawiens Regierung die Öffentlichkeit mit dem Geständnis, daß sie den Ausbau des Eisenwerks Zenica, das modernisiert und mit einem neuen Walzbetrieb versehen werden sollte, gleichzeitig mit einer riesigen Brückenkonstruktion an die Firma Krupp vergeben habe. Darüber, wer demnach die ebenfalls in Zenica geplante Kanonenfabrik errichten werde, schwieg Belgrad schamhaft, wohl um das allgemeine Erstaunen über die Placierung eines Auftrags von über zweihundert Millionen Dinar ausgerechnet nach Essen nicht noch mehr zu erhöhen.

Aber noch andere hatten sich um diesen fetten Brocken bemüht und von Seiten der abgewiesenen, nicht einmal mit einem Trostauftrag abgefundenen Konkurrenz erfährt man nun einiges über die Begleitumstände des Geschäfts, was die Praxis sowohl der Essener Firma wie auch des Reichswirtschaftsministeriums in einem recht bezeichnenden Licht erscheinen läßt.

So erzählt der Prager Börsen-Courier, welche Erfahrungen die Witkowitz Eisenwerke bei ihrer Beteiligung an der Ausschreibung für Zenica machten. Die reichdeutschen Bewerber hätten von Anfang an eine »wesentliche Bevorzugung« genossen. Immerhin beteiligten sich noch andere Offerten, vor denen einige, darunter Witkowitz, Angebote machten, die niedriger als das von Krupp waren. Und nun geschah das Erstaunliche:

»Ohne sich, wie das bei einem solchen Millionenauftrag üblich ist, mit den einzelnen Offerten in Verbindung zu setzen, ließ die südslawische Regierung eines Tages verlauten, daß sie den Beschluß gefaßt habe... Krupp solle alle Arbeiten ausführen...«

Trotz seines höheren Preises! Die andern Bewerber wurden von jeder Beteiligung ausgeschlossen. Dafür erfuhren sie, daß die Regierung einer zollfreien Einfuhr Kruppischer Brückenbauteile zugestimmt habe.

Kein Zweifel, daß hier eine Begünstigung Krupps vorliegt, die mit den betont freundlichen Beziehungen Belgrads zu Berlin allein nicht zu erklären ist. Man mutmaßte deshalb mit Recht, daß es die hohe deutsche Clearing-Spitze im südslawischen Außenhandel sei, die Belgrad zu einer so sehr betonten Forcierung deutscher Einfuhr veranlasse. Aber auch das ist erst die halbe Wahrheit. Woher die auffällige Eile der südslawischen Regierung kommt, das decken nunmehr die »Times« auf, die seit einiger Zeit dem Vordringen des deutschen Neoliberalismus auf seiner alten Expansionslinie Berlin-Belgrad-Sofia-Stambul besonderes Augenmerk widmen.

Deutschland habe, berichten die »Times«, sich bei den südosteuropäischen Staaten, genau wie seinerzeit bei England und Amerika, planmäßig »eingeschuldet«, indem es weit über seinen Bedarf hinaus rumänisches Öl, südslawisches Getreide und bulgarischen Tabak bezogen habe.

»Diese Staaten besitzen in Deutschland riesige Guthaben, während sie selbst finanziell knapp sind und vor der Geldentwertung zittern. Und deutscherseits wird die Angst dieser unfreiwilligen Gläubigerstaaten noch dadurch gefördert, daß man ihnen nahelegt, sie mögen Waren aus Deutschland kaufen, da sonst das Geld unter Umständen verloren gehen könne.«

Es ist also ein regelrechtes Erpressungsmanöver, mit dessen Hilfe Herr Schacht sich um die Wiederankurbelung der darniederliegenden deutschen Ausfuhr bemüht. Mit dem gleichen Zynismus, wie er in der Zerreißung politischer Verträge zutage tritt, wird hier den wirtschaftlichen Gläubigern die Pistole auf die Briefftasche gesetzt. Die kleinen Staaten, die sich nach dem seinerzeitigen Rückzug der englischen und amerikanischen Geldgeber als Notnagel gebrauchen ließen, erfahren nun den Dank des deutschen Schuldners, der ihnen glänzend vordemonstriert, daß in einer Welt, die auch gegenüber dem wirtschaftlichen Vertragsbruch keine Solidarität kennt, der Bankrotteur, der Erpresser der Stärkere ist.

II.

Was den Fall besonders pikant macht, ist die Tatsache, daß die honette, die ehrenwerte Firma Krupp die Nutznießerin dieses Handels ist. Herr Krupp v. Bohlen, der in den letzten Jahren immer wieder vom »Wettbewerb deutscher Qualitätsarbeit« deklamiert hat, zögerte natürlich keinen Augenblick, mit Hilfe Schachtscher Erpresserqualitäten in dieses größte Geschäft der letzten Jahre einzustiegen.

Die Frage, wieso Essen unter den deutschen Bewerbern das Rennen machte, hat in-

dem noch eine andere Seite. Am Vorabend des Weltkrieges waren es die Beziehungen zwischen dem deutschen Gesandten in Belgrad, v. Reichenau, zu dem im Aufsichtsrat des von Krupp beherrschten Rheinmetall-Werkes sitzenden General v. Reichenau, die da manches erklärten. Auch heute ist es wieder ganz zufällig derselbe nationalsozialistische Großwürdenträger, dessen besonderer Stützpunkt der Bezirk Essen ist, wo die »National-Zeitung« als sein spezielles Sprachrohr erscheint, der gleichzeitig der Sonderbeauftragte für politische Aktionen in der südslawischen Hauptstadt ist: nämlich Hermann Göring, der alte erfahrene Provisionsagent in Flug- und anderen Rüstungsgeschäften. Der Herr preußische Ministerpräsident setzen da sozusagen beste deutsche Tradition fort: Admiral v. Sack, Botschafter Wangenheim und andere, nicht zu vergessen Wilhelm II. selber, haben sich in jener guten alten Zeit mit solcher Rücksichtslosigkeit als direkte Geschäftsagenten des Hauses Krupp betätigt, daß mehr als platonische Interessen zu vermuten waren. Hermann Göring, der ein der wenigen neudeutschen Paladine ist, die auf dem Hügel als gesellschaftsfähig angesehen werden, weiß aus der Luftfahrt nur zu gut, daß eine Hand die andere wäscht.

Bei solch gut fundierten Beziehungen ist

es auch nicht verwunderlich, daß Berlin es für opportun hält, nach der heimlichen Reprivatisierung des Stahlvereins und der Großbanken, nun ein geradezu feierliches Bekenntnis zur privaten Rüstungsindustrie abzulegen. In den letzten Tagen häuften sich die Stimmen, die dem deutschen Volke versichern, daß das Privatinteresse der Krupp und Konsorten aufs idealste mit den »wehrwirtschaftlichen Notwendigkeiten« zusammenfalle. So Major Dr. Hesse im »Deutschen Volkswirt« und Oberst Thomas, der Chef des Wehrwirtschaftsstabes im Reichskriegsministerium, dessen Ausführungen über die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie in den klassischen Stoßsätzen mündeten: »Wo sollte man Halt machen?«

Die Erfahrungen, die das deutsche Volk schon einmal mit seiner Rüstungsindustrie gemacht hat, werden dabei natürlich verschwiegen. An die mühsam aus Akten und Archiven gewonnene Erkenntnis, daß es Rüstungsinteressen waren, die die deutsche Politik z. B. in die scharfe Englandfeindschaft manövierten und sie in die Marokko- und Bosphorshändel verwickelten, daß der Krieg nicht nur ausbrach, sondern auch nicht rechtzeitig beendet wurde, weil die Stahlherren, an der Spitze Krupp, die Erfüllung eines wahnwitzigen Annexionsprogramms forderten, an all diese peinlichen Dinge darf natürlich niemand erinnern. Deutscher Sozialismus heißt, das Geschäft Krupps nicht stören.

Ausverkauf der Kommunalbetriebe

Unmittelbar nach Stabilisierung der Mark begann Schacht, damals Reichsbankpräsident, eine internationale Greuelpropaganda gegen die deutschen Kommunen. Sie wurden von ihm als Verschwender und als kreditunwürdige Schuldner denunziert. Der Zweck war, die ausländischen Finanziers von Ausleihungen an deutsche Gemeinden abzuwehren. Die »Beratungsstelle«, im wesentlichen ein Instrument in Schachts Hand, sollte angeblich »bromsend« auf die Aufnahme ausländischer Anleihen wirken. Tatsächlich hat sie aber die ausländischen Kreditgeber der öffentlichen Hand ab- und den großen Industriekonzernen zugeführt. Schachts Anleihsperre für die öffentliche Hand ließ auf ein Anleihenmonopol für die industriellen Monopolriesen hinaus. Nach einer 1932 veröffentlichten Untersuchung des Statistischen Reichsamtes entfielen von der Gesamtverschuldung an das Ausland ein Viertel auf die öffentliche Wirtschaft, drei Viertel auf die private und auf diese fast ausschließlich die verhängnisvolle kurzfristige Verschuldung. Schacht erreichte das Gegenteil von dem, was er zu erstreben vorgab: die Verschuldung der öffentlichen Hand wurde nicht verhindert, aber die Kapitalverschwendung der privaten Monopolinhaber gefördert. Sie hat ungeheuer zur Verschärfung der Krise und zum Einfrieren riesenhafter Bankkredite beigetragen, damit zum großen Bankkrach vom 1. Juli 1931 und zu jenem gewaltigen Verfall des Wirtschaftslebens geführt, durch das dem »Erwachen der Nation« das Feld bereitet worden ist.

Schacht verband mit der Hetze gegen den Kommunalkredit eine Nebenansicht: die Kommunen sollten durch finanzielle Auslieferung zur Verschleuderung ihrer Betriebe gezwungen werden. Die Durchführung scheiterte an der Widerstandsfähigkeit der Gemeinden. Nachdem über ihre Selbstverwaltung durch die Nazidiktatur ersetzt und Schacht vom Reichsbankpräsidenten der Republik zum Wirtschaftsdictator des Dritten Reiches aufgerückt ist, kann, was damals Plan bleiben mußte, jetzt verwirklicht werden. In Schachts Spezialorgan »Der deutsche Volkswirt« (Nr. 28 vom 9. 4. 1936) wird nicht nur offen verkündet, daß, sondern auch begründet, warum die Privatisierung der Reichsbeteiligung am Stahlverein kein Einzelfall bleiben, sondern der erste Akt einer planmäßigen Auslieferung öffentlicher Betriebe an das Privatkapital sein soll. Es wird offen zugegeben, daß »auch in bezug auf die ideologische Seite der Frage »Öffentlicher oder privater Betrieb?« sich die Zeiten geändert haben. »Der Staat lenkt die Wirtschaft zum Besten der Allgemeinheit«, er soll die Wirtschaft leiten und braucht daher nicht selber zu wirtschaften. Aber keine Regel ohne Ausnahme.

»Wo außenwirtschaftliche Rücksichten erhebliche Geltung beanspruchen, wo eine monopolistische Machtstellung in der Ver-

sorgung mit Gütern und Dienstleistungen nach längst erprobten Methoden erreicht ist, wo größere Risiken nicht mehr zu erwarten sind, da ist nach bewährter Erfahrung das Tätigkeitsfeld der mehr verwaltenden als unternehmenden öffentlichen Wirtschaft.«

In der Tat ist der Großkonzern mit Monopolcharakter weniger ein Unternehmen als ein Verwaltungsapparat, vom staatlichen durch nicht viel mehr als seinen privaten Charakter unterschieden. Man müßte meinen, als Konsequenz dieser Erkenntnis ergibt sich die übliche Durchführung des unabänderlichen nationalsozialistischen Programms, das die Verstaatlichung der Trusts und Konzerne fordert. Welt gefehlt. Es wird der genau entgegengesetzte Schluß gezogen. Wenn »die strukturellen Unterschiede zwischen den beiden Betriebsformen sich zu verwischen beginnen«, so wird nicht der private Betrieb den öffentlichen eingegliedert, sondern die öffentlichen Betriebe zu Unterabteilungen privater Konzerne gemacht. Es sind »die Regiebetriebe und die Gesellschaftsunternehmen der Gemeinden und Gemeindeverbände häufiger hierzu tauglich als die Betriebe, die dem Reich gehören oder nahestehen.«

Warum gerade diese? »Einmal spielt die durch solche Veräußerungen erzielbare Entlastung und Stabilisierung des Haushaltes bei den Kommunen eine viel größere Rolle, nämlich nicht deshalb, weil die Verschuldung des Reichs geringer wäre als die kommunale, sondern weil, im Gegenteil, im Verhältnis zum Ozean der Reichverschuldung die für die Reprivatisierung liquidierbaren Mittel nur ein Tropfen wären, aber für die gleichfalls überschuldeten Kommunen ein Mittel zum Aufschub ihres Bankrotts und damit zur mittelbaren Entlastung des Reiches sein könnten. Weil die zu verramschenden Objekte der Kommunen relativ klein sind, ist bei ihnen »zum zweiten der Kreis der zur Übernahme fähigen und bereiten Privatunternehmer breiter«. Und drittens, und das dürfte das wichtigste sein, ist es »eine Schwäche der öffentlichen Unternehmen bis heute geblieben, daß ihre Leiter mit Aufsichtspersonen rechnen müssen, die nicht immer wirtschafts- oder gar fachkundig sind.« Diese Schwäche ist nicht »bis heute geblieben«, sondern erst im Dritten Reich entstanden, nachdem dank seiner Gemeindeordnung die Nazis und ihre Clique ohne Kontrolle einer Selbstverwaltung in den Gemeinden schalten und walten können.

Wie ungeheuer muß durch diese »Führerschaft« die Verschuldung der Gemeinden gewachsen und ihre Vermögenswerte verwirtschaftet worden sein, wenn Schacht das Bedürfnis der Unternehmer, »Sachwerte zu erhalten«, benutzen muß, um die Gemeindebetriebe den Klauen der Nazis zu entreißen. Er fürchtet allerdings, daß dort, »wo das Reich selbst die Reprivatisierung dringend wünschte, es »keinen Interessenten zu finden vermöge«. Da gibt es ein Mittel, das Widerstreben in Neigung zu verwandeln. Es »sollte

die Frage geprüft werden, ob nicht allzu eng gezogene Schranken, die vielleicht noch aus der Krisenzeit stammen, es verhindern, daß ein tüchtiger Unternehmer auf den Erfolg des Einsatzes seines Könnens und Vermögens rechnen kann.« Das kann nichts anderes heißen, als daß den privaten Unternehmern vergönnt werden soll, was man der öffentlichen Hand nicht zugestehen kann, nämlich die Befreiung von der Bindung am Lohnstarife und von der Verpflichtung, mehr Arbeiter zu beschäftigen, als man unbedingt braucht. Also mit den öffentlichen Betrieben sollen den privaten Unternehmern zugleich die Arbeiter zu ungehemmter Ausbeutung ausgeliefert werden. Sie sollen erhungern, was die Nazis verwirtschaftet haben.

G. A. F.

»Ordnung der Finanzen«

In Heft 6 von »Wirtschaft und Statistik« wird eine Darstellung über die Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände für das Rechnungsjahr 1934/35 gegeben. Sie ist allgemein und wenig spezialisiert gehalten, sicher zu dem Zweck, eine klare Uebersicht über die finanzielle Lage der Gemeinden nicht zu ermöglichen. Denn das Bekanntwerden der vollen Wahrheit darüber muß den nationalsozialistischen Diktatoren kaum weniger erwünscht sein als die Enthüllung der beispiellosen Schuldenwirtschaft des Reiches.

Aber selbst diese zweckbewußte Aufmachung der dürftigen Uebersicht erbringt den Beweis dafür, daß unter dem nationalsozialistischen Regime die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände nicht geringer, sondern höher geworden sind. Die angebliche Mißwirtschaft, die die Nationalsozialisten vor 1933 als eines ihrer stärksten demagogischen Mittel ausbeuteten, ist nach ihrer Machtergreifung Wirklichkeit geworden.

Die Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände haben sich nach den Angaben von »Wirtschaft und Statistik« gegenüber 1932/33 von 6289 Millionen Reichsmark auf 6194 Millionen, also um 165 Millionen RM ermäßigt. In der gleichen Zeit haben aber die Gemeinden allein an sozialen Unterstützungen 675,5 Millionen und an Beiträgen zur Krisenfürsorge 150,8 Millionen RM, insgesamt also 825 Millionen RM eingespart. Sie haben außerdem weiter starke Kürzungen ihrer Aufwendungen für die Jugendpflege, für das Volkswirtschaftswesen und für den Wohnungsbau vorgenommen, so daß allein die Ausgaben, die der sozial schwachen Bevölkerung zugute gekommen sind, nach zwei Jahren Hitlerherrschaft um mindestens 1200 bis 1400 Millionen RM gekürzt worden sind.

Wenn dennoch die Gesamtausgaben nur um 165 Millionen RM abgenommen haben, so deshalb, weil die »persönlichen Ausgaben«, die »sächlichen und sonstigen Ausgaben«, die »Ausgaben für Neubauten und Grundstückskäufe« (Kasernen und Parteipaläste) und die Ausgaben für den Schuldendienst zum Teil beträchtlich gestiegen sind. Der Schuldendienst ist nach den Angaben gegenüber 1932 um 100 Millionen RM gewachsen, wobei zu berücksichtigen ist, daß der Zinsfuß und die Tilgungsraten 1934/35 wesentlich niedriger waren als vorher.

Die Schuldzunahme wird mit 179,5 Millionen RM ausgewiesen. In Wirklichkeit dürfte sie wohl noch größer sein. Es soll sich dabei hauptsächlich um Arbeitsbeschaffungskredite der Gemeinden handeln.

Im ganzen läßt die dürftige Darstellung in dem Organ des Statistischen Reichsamtes erkennen, daß die deutschen Gemeinden und Gemeindeverbände von der Ordnung ihrer Finanzen heute weiter entfernt sind denn je — trotz der rücksichtslosen Drosselung aller Ausgaben, die den schutzbedürftigen Bevölkerungskreisen Hilfe brachten und trotz der Einnahmesteigerung durch Steuererhöhungen und Schuldenneuaufnahmen.

Das mixtum compositum

Adolf und seine Charisma

»Es ist, als ob sich in diesem einen Manne süddeutsche volkhafte Anmut und nordische Herbeheit, angeborene österreichische Charms mit erworbener preußischer Strenge begegnete, als ob sich Süd und Nord durch seine Person hindurch wechselseitig ansprechen: brüderlich und kameradschaftlich... Es bleibt aber so, daß sein Charisma auch den Heiligen streift.«

Aus dem neuesten Buch des Frankfurter braunen »Soziologen« Heinz Marres »Die Massenwelt im Kampf um ihre Form«. Da mag, verflucht nochmal, der Wilhelm in Doorn vor Neid platzen!

Braunes Durcheinander - im Kulturkampf

Hauer und Reventlow geben das Rennen auf - Dinter rückt vor

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die sogenannte »Deutsche Glaubensbewegung«, die sich jetzt, nach kaum zweijähriger, rumorerfüllter Tätigkeit im Dritten Reich in voller Selbstauflösung befindet, den reinen Ausdruck des nationalsozialistischen Geistes auf religiösem Gebiete darstellte. Wie stark Hitler selbst, seine Janitscharen und sein Programm sich auch für »positives Christentum« erklärten — aus schönen Gründen erfolgreicher, mindestens einleuchtender Demagogie —: sicher ist, daß die weltpolitische Erneuerung des Geistes der ehemaligen Alldeutschen in der religiösen Sphäre gradlinig und historisch konsequent auf den modernen Wotanskult wies. Der war ja schon früher, im »Wilhelminismus«, mit dem politischen Evangelium der Bernhardi und Claß engstens verbunden und versippt; der manifestierte sich im alten Deutschland schon immer in völkisch-antisemitischen Spezialturnerklubs und Jugendverschwörungen; der wob bereits allerlei letzte Romantik um die achtmalshunderttausend Stehkrägen des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, der tanzte schon damals alljährlich zur Walpurgisnacht um den brennenden Holzstoß und hielt feierliche Druidenreden unterm Gehrock. Es war ganz folgerichtig, daß das, was bis dahin ein Vorrecht verschrobener Walhall-Zeloten war, im Dritten Reich zur Massenbewegung aufquoll und aufkochte. Sowohl der Tübinger Kulturhistoriker Hauer, wie der als alldeutscher Publizist bekannte Graf Reventlow — die eigentlichen Begründer der »Deutschen Glaubensbewegung« — stehen ganz sicherlich in ihrer menschlichen und geistig-politischen Zuverlässigkeit (wenn der Ausdruck hier am Platze ist) hoch über dem »Führer« und seinen Lebenserinnerungen an Obdachlosenasi und Postkartenvertrieb. Und beide haben sie jetzt die »Deutsche Glaubensbewegung« mit Krach und Gestank verlassen, wiewohl diese typische »Bekennniskirche« des Dritten Reiches sich des bestmöglichen Patronats durch alle Nazi-Gewalten erfreute und obwohl sie sich auf geistigem Gebiet geradezu mit den diversen Gau-, Kreis-, Front- und Kammerleitungen identifizieren durfte. Der Niederbruch, der innerhalb der Direktive der Bewegung erfolgt ist, ist also vollständig! Er mußte kommen, weil dem Ganzen nicht eine vernünftige Idee, sondern höchstens eine sehr unvernünftige und vorrückte Mode zugrunde lag. Aber charakterisiert das nicht überhaupt das ganze System? Indem wir die Frage aufwerfen, ist eben auch alles über die Wichtigkeit des Vorganges unter politischem Gesichtspunkt ausgesagt!

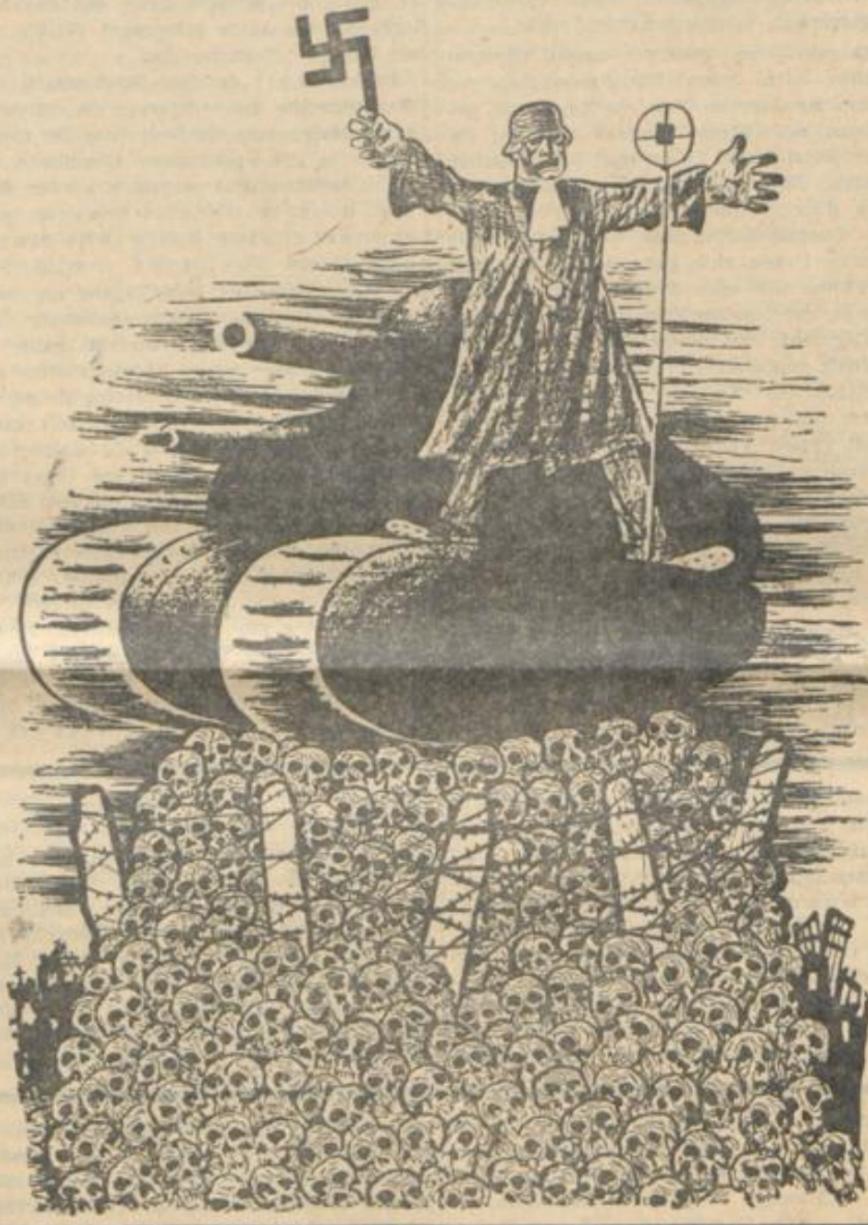
Wo freilich etwas schön verfault, wachsen an gleicher Stelle gleich Pilze und giftige Boviste... Auch das ist so ungeheuer bezeichnend für den jammervollen Niederbruch, den die Hitler-Mentalität gerade an entscheidend-geistiger und kulturell-sittlicher Stelle erleidet, daß schon seit Woche und Monat langsam, aber sicher sich an Stelle der absterbenden Wotans-Heiden der berühmte Dr. Arthur Dinter, der hochnotpeinliche Blut-Sünden-Dinter, mit seiner »Deutschen Volkskirche« vordrängeln konnte. Emsig von seiner Burg in Thüringen, die ihm die Sünden-Schwarte eingebracht hat, vor allem den Klingelbeutel handhabend — Herr Dinter hält das mit Recht für die vornehmste »kirchliche« Funktion —, trompetet er mächtig durchs ganze Land. Die hohen Nazi-Parteifunktionäre — und davon kann man sich in jeder Nummer seiner Zeitschrift, wenn man will, mit Namen überzeugen — die ältesten »Kämpfer« mit dem goldigsten Parteiabzeichen strömen geradezu in Massen weg von Hauer und Reventlow in Dinters »Deutsche Volkskirche« hinein, die ausschließlich unter seinem Oberhirtenamt steht. Vom ekstatischen Gelehrten und vom verbohrt-originalen gräflichen Publizisten zum religiösen Max Klante, zum geschäftstüchtigen, weltanschaulichen Urin-Doktor — kann der Abstieg schon schlimmer kommen? Der Dinter kann in Anspruch nehmen und tut dies auch in aller Form, nunmehr noch

allein religiös den Nationalsozialismus in seinem »wahren« Gehalt zu repräsentieren und zu manifestieren. Er ist zwar nicht für Wotan, mit dem wirklich keine Ablaßgeschäfte zu machen sind, aber er gibt einfach Christus als ehemaligen preußischen Feldwebel aus; schon ist die »Deutsche Volkskirche« fertig! Seine »Kirche« besagt es selbst feierlich genug in ihrem amtlichen Untertitel, den sie sich zugelegt hat, daß sie dazu da ist, die »wahre Lehre Jesu von jüdischen und judenchristlichen Fälschungen zu »reinigen«... Dinter hat den Dreh heraus, daß der nationalsozialistische Revolutions-

Gegebenheiten im Mutterland der Reformation alle deutschen Reaktionäre in jeder Situation durchaus Bescheid wußten: der Wrangel von 1849 ebenso wie der Heidebrand von der Lasa von 1900, der Graf Westarp von 1919 und der Hitler von 1930. Die »Deutschen Christen« sind unmittelbare Partei-Kaders — die SA-Brigaden für Weltanschauung und die SS-Sturmtruppe für religiösen »Aufbruch«! Die »Gleichschaltung«, die sie allenthalben, organisatorisch darauf wohl trainiert, in den Jahren 1933 und 1934 vornahmen, fast allenthalben unter Vorantritt der jüngsten, noch nicht arrivierten

gläubigen allenthalben im Reich ein; von da ab aber auch die Schwächung und Zersplitterung der »Deutsch-Christlichen« Nazi-Parteiformation, die heute in einen unentwirrbaren Knäuel gegeneinander intrigierender Einzelgruppen zerfällt, und zwar wohl noch durch die Gestapo oder durch den Ukas irgendeines Kreis- oder Gauleiters, nicht aber mehr von sich aus an den Kreis der wirklich Gläubigen herankommt. Auch die »Idee« der »Deutschen Christen«, wenn eine solche schon die Raubritterei auf kirchlichem Gebiet aus propagandistischen Gründen benötigte, war — genau wie bei Dinter — eine Teutonisierung des Evangeliums, gemildert, wenn auch keineswegs besser gemacht dadurch, daß der Dinter nur eben ein gerissener Radau-Demagoge, die Lokalführer der »Deutschen Christen« aber meist geschulte Theologen der jüngeren Garnitur waren. Wie weit der Grad dieser Verzerrung des christlichen Gedanken- und Moralgutes für den Militarismus preußischer Färbung gehen sollte, das war bei ihnen von vorneherein der innere Streit, der schon mit dem Austritt ihres Berliner Gruppenvorsitzenden begann, als sie in der Reichshauptstadt ihr erstes großes Massenmeeting vor knapp zwei Jahren ansetzten. Das Kurioseste an der Sache — nach mindestens halb geglücktem Einbruchsdiebstahl — aber war bislang der »Reiß« selbst! Er war eigentlich anderthalb Jahre lang bei lebendigem Leibe mausetot! Das Dritte Reich hatte in seiner Person auf kirchlichem Gebiet einen allerhöchsten Würdenträger, der, kaum bestätigt, bald als auf einem mehrronatigen Erholungsurlaub im Ausland befindlich, bald zur Wiederherstellung seiner angegriffenen Gesundheit als langfristiger Insasse eines Sanatoriums ausgegeben wurde. Hier braucht nicht untersucht zu werden, wie weit daran die innere Hohlheit seiner »Aufgabe« mehr die Schuld getragen haben mag, als die kadettenhafte Unfähigkeit, die Herrn Müller selbst bei all seinen anfänglich-bescheidenen Regungen in der Öffentlichkeit ausgezeichnet hat; in dieser Beziehung paßte er eben durchaus mit den Heß und Ley zum persönlichen Freundeskreis des großen Duce der Deutschen. Erst jetzt, nach anderthalb Jahren, scheint der »Reiß« doch seine Rolle als Prunk-Leiche des Regimes als nicht mehr erträglich empfunden zu haben. Endlich gibt's nämlich von ihm ein deutliches Lebenszeichen: nämlich eine von ihm persönlich besorgte Ausgabe der Bergpredigt zum Hausgebrauch fürs Dritte Reich! Die wurde jetzt — für ewige Zeiten ein Dokument dieses Deutschlands! — dem Buchhandel anvertraut. Kostprobe gefällig? Nun, Müllers »Bergpredigt« unterscheidet sich von der jenes Nazareners, der es leider nicht zum Reichsbischof brachte und keinen »Chef des Stabes«, sondern höchstens ein paar noch nicht einmal immer sehr zuverlässige Jünger um sich hatte, daß sie direkt und ohne Skrupel neben Hitlers »Mein Kampf« in den Bücherschrank gestellt werden kann. Herr Müller hat es nämlich entdeckt: hier — oder auch da — irrte Christus! Und er ist nun mit wahrhaft genialischer Denk- und Sprachbegabung darangegangen, den eigenen Religionsstifter zu korrigieren — überall da, wo nämlich die richtige, besser die ältere Bergpredigt des Marxismus, das Pazifismus und wie die Laster dieser Welt nun einmal alle für das Dritte Reich heißen mögen, sich vom Standpunkt des SA-Führers Piefke befleißigt. Herr Müller macht aus den »Sanftmütigen«, die da »das Erdreich besitzen werden« — denn im Dritten Reich ist Sanftmut ja wohl eine Angelegenheit der Untermenschen! — solche, die »gute Kameradschaft üben«; so geht das in der Tat einem richtigen SS-Mann weit besser intus. Bei Christus werden diejenigen schon »selig, die Leid tragen«. Auch hier erteilt Herr Müller seinem Heiland ein wenig Nachhilfeunterricht und schiebt flugs hinter das »Leid« den sicherlich von Göbbels direkt entlehnten Zusatz »mit Männlichkeit« ein; jetzt kann man den Vers beinahe beim Gepäckmarsch singen! Ja, und dann das

Die neue Bergpredigt



spieß sein Konfirmationsbild ruhig zu Hause an der Wand hängen lassen kann und dabei dennoch auf seine bestialischen antisemitischen Kosten kommt. Aber es ist ja nur ein verschiedenes Phänomen aus einer Ursache: Das Deutschland, das politisch auf den Hitler hinunter kam, muß schließlich religiös eben auch beim Dinter landen....

Der ideologische Zusammenbruch des Nationalsozialismus auf der religiösen Ebene hat aber auch schon auf die unmittelbaren Bindungen und Ballungen der regierenden Partei selbst übergreifen; er trifft den Nationalsozialismus also an seiner empfindlichsten Stelle, seiner Omnipotenz durch Organisation. Die Bewegung der »Deutschen Christen«, gegründet bereits einige Jahre vor der sogenannten »Machtergreifung«, war von vorneherein als das offiziell berufene Parteinstrument zur Eroberung der Kirchenmacht gedacht. Freilich — so klug war selbst Hitler —, ohne Illusionen im Hinblick auf die katholische Kirche, aber unmittelbar ausgerichtet auf die geplante unbedingte und totale »Gleichschaltung« des kirchlichen Protestantismus, um dessen Unentbehrlichkeit für jede Sorte von konterrevolutionärer Gesinnung und Planung an Hand der besonderen historischen

Kirchen- und Pfarrangestellten, war in des Wesens Kern genau derselbe Beutezug, wie ihn die Nazis an so vielen anderen Stellen, wo es nur was zu holen gab, anlegten: es war der Sturm auf Kasse und Pfünde, die von oben gebilligte und befohlene Freibeuterei der Hoffnungslosen und Karriere-Desperados auf die gute »Position«, der Zugriff der Habenichtse nach den »Besitzenden«. Schließlich ging es um die Aufrichtung der berühmten Einheits- und »Reichs-Kirche«, die, wäre sie am Ende mehr als eine nur auf dem Papier erfolgte Gründung geworden, als ein durch Ueberbürokratie vollends erdrücktes und hilflos gewordenes Opfer sich am wenigsten der Massenversorgung »alter Kämpfer« auf Kosten der bisherigen Hierarchie hätte entziehen können. Und in der mit allem Bombast und Pomp durch Hitler selbst inszenierten Investition des früheren ostpreußischen Militärpfarrers Ludwig Müller, Intimus des »Führers«, als »Reichsbischof«, dem sogar zunächst nicht ein »Ministerium«, sondern ein »Chef des Stabes« beim Reichsbischof sinnigerweise beigegeben wurde, zeigte sich eigentlich der Piraten-Elan der »Deutschen Christen« vor kaum anderthalb Jahren auf seinem Höhepunkt. Von da ab setzt eigentlich der systematische, wenn auch gewiß nicht politisch-wirksame Widerstand der Bekenntnis-

Fünfgigmal Führer am Rhein

Eine gewonnene Hotelschlacht

mit der rechten Wange, die du dann halten sol'st, wenn dir jemand auf die linke schlägt — oh, bei Donar und Freia, das ist allerdings eine freigymnastische Angelegenheit, da die richtige stilistische Bauchwelle zu finden. Folgendermaßen vollzieht sie der »Reibi«: »Sollte dir ein Kamerad in seiner Erregung ins Gesicht schlagen, so ist es nicht immer recht gehandelt, den Schlag auf der Stelle zu erwidern. Es ist männlicher, eine unerschütterliche Ruhe zu bewahren; denn der Kamerad wird sich wohl selber schämen«. Diese literarische Tat beging also der hitlerdeutsche Reichsbischof Ludwig Müller. Alles, was über diese eine Feststellung noch hinaus gesagt würde, nähme ihr allerdings ihren erschütternden Inhalt...

Chaotisch genug ist die Szenerie, die auf religiös-konfessionellem Gebiet Herr Hitler vor Toresschluss hinterläßt. Ein Gesamtüberblick ist bei der allenthalben herrschenden Anarchie auch angesichts der Tatsache, daß die protestantische »Opposition« — die sogenannte »Bekennende Kirche« — kein absolut einheitliches Gebäude darstellt und daß selbst im ungleich geschlosseneren Kreis des Katholizismus die Gefühle des unteren Klerus und der Laien recht erheblich mit der »diplomatischen« Haltung des Episkopates kontrastieren, ungeheuer erschwert. Jedoch muß in diesem Zusammenhang ein besonders wichtiges und auch genügend deutliches Phänomen noch festgehalten werden, das in weiterer, auch politischer Entwicklung selbst für die Zeit nach Hitler von größter nationalpolitischer Tragweite werden könnte: die offenbare, durch die politischen und moralischen Verhältnisse des Dritten Reiches erzwungene Annäherung zwischen katholischer und gläubig protestantischer Welt! Bei aller Vorsicht und Zurückhaltung, die sich die gleichgeschaltete »Frankfurter Zeitung« selbst auferlegt, aber doch auch wohl in einem Anflug von journalistischem Wissenszwang, der trotz Göbbels immer noch bestehen mag, lenkte sie in einer Feststellung vom 31. März d. J. die öffentliche Aufmerksamkeit auf folgendes:

»Am wenigsten kann heute ein Wiederaufleben der Gegensätze und Spannungen zwischen den beiden christlichen Konfessionen erwartet werden, da vielmehr das erwachte protestantische Kirchenbewußtsein — man wird nicht sagen: eine Annäherung, aber doch bei aller Gewißheit der Unterschiede ein tieferes Verständnis für den Katholizismus schon zeitweilig, ohne daß darüber viel Worte gemacht würden.«

Und die früher katholisch-zentrierte »Bayrische Volkszeitung« hatte bei ähnlicher Gelegenheit sogar von »Ansätzen zu einer Wiedervereinigung im Glauben« am 23. Februar d. J. geschrieben, wie jetzt auch die alt-

An den Rheinufern von Bonn bis Mainz liegen eine Reihe von Luxushotels, die, wie man offen eingestehen muß, in den vierzehn Jahren der »Schmach von Weimar« nicht sonderlich florierten. Eine Hotelplatte folgte der andern. In den verwaisten Räumen saßen enttäuschte Besitzer und lugten nach »Rettern« aus.

Eins der vornehmsten und repräsentativsten Hotels dieser Art ist das Hotel Dreesen in Godesberg bei Bonn. Ein Riesenkasten mit Terrassen und lauschigen Bowlenwinkeln, inmitten eines gepflegten Parks: wahrhaftig, hier ließe es sich wohl sein, wenn man das erforderliche beträchtliche Kleingeld dafür besaß. Wie dieses Hotel nach langer Notzeit wieder zu Ehren und Würden kam und seinen hervorragenden Platz in der Reihe der Spitzengaststätten Deutschlands zurückgewann dank der schöpferischen Initiative des Führers, das erzählt Herrmann Ginzel in einem langen, vielseitig bebilderten Aufsatz im »Westdeutschen Beobachter«, der als symbolisches Mahmal für den Wiederaufstieg des deutschen Volkes der Vergessenheit entrissen werden muß.

Es sei — so berichtet unser Chronist wörtlich — im Jahre 1926 gewesen, als der Führer zum ersten Male zu Dreesens gekommen sei. Eines Morgens habe der Inhaber plötzlich ein Telegramm aus München erhalten: »Reserviert sechs Zimmer, eins davon mit Bad.« Unterschrift: Heß. Damals hätten sich noch nicht viele deutsche Hotels eine Ehre daraus gemacht, den Führer und seine Begleiter aufzunehmen. Aber er, der Inhaber Fritz Dreesen, erkannte im Gegensatz zu seinesgleichen mit einer wahrhaft genialischen Voraussicht kommende Möglichkeiten. Er habe Hitler in »anständigster und loyalster Weise« aufgenommen. »Adolf Hitler, Verleger, Münchens«, habe in bescheidenen Buchstaben im Gästebuch gestanden.

Nun aber begann der Aufstieg, der Zusammenhalt, die Ankurbelung von Küche und Keller, kurz: die »Weltberühmtheit« des Hotels. Denn:

»Immer wieder wollte der Führer in den kommenden Jahren an dieser Stätte, Fünfgigmalhafter bis jetzt hier gewohnt, und man darf Adolf Hitler glauben, wenn er sagt: »Ich werde das Haus Dreesen

und diese Stadt immer wieder besuchen, solange ich lebe.« Tage der Entspannung und Tage entscheidendster Beratung hat er hier verbracht, und wir wollen ihm wünschen, daß es in Zukunft nur noch erlebnisfrohe Stunden sein mögen, die ihn hierher an Deutschlands schönsten Strom führen.«

Der Führers Rheinglück anlässlich seines 50. Aufenthaltes im Luxushotel wird durch Bilder bekräftigt, die noch vielsagender sind als der Text. Hitler in einem Rheinboot mit dem Hotel im Hintergrunde, wie er unter sonnigem Lächeln mit einem Arm auf das durch ihn geweihte, mit Guirlanden bekranzte Haus hinweist! Hitler, wie ihm in der Hotelhalle der Ehrenbürgerbrief von Godesberg von dem mit einem besonders eindrucksvollen Doppelkinn ausgestatteten Bürgermeister Pege überreicht wird! Aber am wirksamsten ist das letzte Bild: »Auch die Köche verlassen für einige Augenblicke den Herd, um den Führer zu grüßen!« Den Kochlöffel in der Hand, die andere hoch erhoben: Prunkhotel — Frühling am Rhein, an dem infolge der Huld des Führers auch das dankbare Küchenproletariat in schneidiger Weiße aus dem Fenster teilnehmen darf.

Leider fehlt in dem Jubelaufsatz des »Westdeutschen Beobachters« ein Hinweis, der zur Markierung der Bedeutung des Hotels Dreesen in der politischen Geschichte des Dritten Reiches nicht vergessen werden darf. Von diesem Hotel Dreesen aus formierte sich der große Mordzug des 30. Juni 1934. Am 29. Juni war Hitler von einer Besichtigung der westfälischen Arbeitslager nach Godesberg gekommen. In der Nacht zum 30. nahm er, auf der Terrasse seines Lieblingshotels stehend, Parade über einen Fackelzug ab, der die Form eines gewaltigen Hakenkreuzes hatte. Kurz darauf empfing er hier die entscheidenden Alarmmeldungen, und um zwei Uhr morgens verließ er das Hotel, um vom nahen Flugplatz Hangelaar in Begleitung von Göbbels, Lutze, des Reichspressesprechers Dietrichs sowie seiner Adjutanten Brückner, Schaub und Schreck nach München zu fliegen...

Es ist eine alte kriminalistische Erfahrung, daß gewisse Leute, angezogen durch eine geheimnisvolle Magie, immer wieder einen gewissen Schauplatz aufsuchen. Hier ging es um Entscheidung über einen

Kameradenmord. Wir stellen anheim, ob der Führer ins Hotel Dreesen nur durch die Schönheit der Rheinlandschaft gelockt wird, oder ob die tiefere Ursache der Krönung dieses Hotels zum auserwählten Aufenthalt auf dem Gebiet einer verschlungenen Psychologie zu suchen ist.

Kleines Nachwort: Dieser Ausschnitt aus dem Tollhause des Dritten Reiches, dem jeder Papierfetzen mit publizistischem Gestammel zur Stärkung der Führerlegende dienen muß, fordert noch aus andern Gründen zu nachdenklichen Betrachtungen heraus. Als die Staatsmänner der Republik in der bescheidensten Weise ihren Repräsentationsverpflichtungen nachkamen, als sie es wagten, nach allgemeinem europäischen Brauch zu Ehren ihrer Gäste den schwarzen Rock anzuziehen und sich mit ihnen bei einem Mahle zu unterhalten — da hetzte die Meute der Kritiker und der Spötter hinter ihnen her. Mit Photographien solcher Zusammenkünfte verstand es die nationalsozialistische Demagogie, bis tief in die Reihen der Arbeiterschaft Eindruck zu machen: »Seht, Eure Führer...« Heute zeigen sich die Göbbels, die Göring und all die andern der zweiten Garnitur mit diademgeschmückten Gattinnen ohne Hemmungen allem Volke und lassen sich in Blitz- und Lichtbildern durch Zeitungen und durch den Film »populär« machen. Heute wird der 50. Aufenthalt Hitlers in einem rheinischen Prunk- und Protzhotel als Exempel für Deutschlands Erneuerung ausgegeben. Ist es Menschenverachtung? Ist es der Glaube, daß das durch die Propaganda betäubte Volk seine Erliesenen auf den Gipfeln der Behaglichkeit und des Wohllebens sehen will?

Es sind Fragen der Massenpsychologie, die brennend von allen stehen, die sich mit der Reaktion des Volkes auf die Zauberformeln der von ihm ständig zitternden Diktatur beschäftigen. Zu diesem unerschöpflichen Kapitel gehört als anschauliches Exempel diese siegreiche Hotelschlacht von Godesberg, deren Triumphatoren ein reichverdender Besitzer und mit dem Führer ein vor aller Öffentlichkeit prassendes Gefolge sind.

Mene mene tekel...
Andreas Howald.

angesehene katholische Zeitschrift »Hochland« in ihrer Märznummer (als Einleitungsartikel) ausdrücklich von der Notwendigkeit katholisch-protestantischer Verbundenheit im Kampf »gegen die christusfeindlichen Gegner« spricht und zu »gemeinsamer Abwehr der Laien beider Konfessionen« aufruft. Das Phänomen, das nicht mehr zu verschweigen ist, erregt aber auch schon den hellen Zorn des Systems selbst, obschon es sonst sich

vor lauter »positivem Christentum« ja fast nicht retten kann und also eigentlich hier besonders groß tun müßte. Das läge gar nicht im Sinne jenes »christlich-fränkischen« Gedankens einer »deutschen Nationalkirche«, die »als Volkskirche immer noch erstrebt werde« — droht Herr Wilhelm Stapel, der quasi Kultur-Schacht des Regimes, daraufhin jetzt in seiner Zeitschrift »Deutsches Volkstum!« Wie dem auch sei: die Erscheinung ist da und

wohl auch nicht mehr rückgängig zu machen! Eine enorm wichtige Frage allerdings wird es immer sein, wie weit der deutsche Protestantismus, angewiesen dank seiner Genesis immer auf ein nationales teutonisches Böotertum, von einer geistigen Anpassung an das ungleich universellere Weltbild der alten Kirche politisch gewinnen und sich dadurch auch schließlich geistig sanieren könnte.
H. E.

Irrenhaus

Geisteskranke werden jetzt, soweit irgend angängig, mit nützlichen Arbeiten beschäftigt, die wenigstens ein kleiner Beitrag zum Produktionsprozeß sind. So zeigt die Ausstellung die Verwertung der Wolle abgetragener Strümpfe, aus der schließlich wieder neue Strümpfe entstehen... (Der Westen, Berlin).

Der Irre sitzt auf einem Schemel, hat einen alten Strumpf zwischen den Knien, wickelt den Garnfaden auf und spannt ihn auf einen Rahmen, geduldig und besessen. Masche auf Masche löst sich, ein rauher aufgefärselter Garnring legt sich um den Rahmen. Ein SA-Mann sitzt daneben und schaut zu. Er hat soeben eine frische Fuhre alter Strümpfe mit hierher geleitet.

Der Irre schaut nicht auf. Es ist, als hinge er am Ende dieses Fadens, als wickle er seine Nabelschnur auf das Holz. »Sehen Sie, nur so kommen wir weiter. Weg mit der Kultur! Weg mit Strümpfen, Wolle und seidigen Luxus! In Südamerika wird Wolle verbrannt. Weg damit! Gibt's nicht bald Wollestra? Er fragt es höhnisch und kichert dazu. In seinen Augen funkeln Bosheit und Ironie. Der SA-Mann nickt nur. So hat es ihm der Wärter geraten. Nur nicht widersprechen!

»In größtes Linnen müssen wir wieder kriechen, wie die alten Germanen«, höhnt der Irre weiter. »Zurück zur Natur heißt zurück zum Fell!«

Der SA-Mann stutzt. Ein Bild, das er vor längerer Zeit in der »Völkischen Illustrierten« sah, nebelt vor seinem Auge: der Reichsjägermeister mit Leinenhemd und Fell germanisch gekleidet, begrüßt in der Schorfheide seine Gäste...

Kranke spazieren in den Gängen auf und ab. Ein bleicher Hagerer bleibt flüsternd neben dem Wickler stehen. Man hört nur Brocken: »Schweige Mensch... Schweigen ist Gold... Alles Unglück kommt von Reden. Flüstern ist das halbe Leben... Vorsichtig, sagt der Berliner«. Er sieht den SA-Mann an. »Lerne wispeln, ohne zu klagen!« Der SA-Mann nickt. Warum nicht? Er kennt Cafés, da unterhalten sich alle Leute flüsternd. Er schaut dem Hageren nach. Da kauert schon ein Mann mit hohem spitzen Hut auf dem grauen Haar neben ihm. »Wollen Sie mal meinen Plan sehen? Könnte Ihnen so passen! Liegt in meinem Schubfach! Die Rettung der Welt — in meinem Schubfach, hihihi... Eine ganz neue Partei gründ ich damit... Großer Geheimplan, Herr! Möchtet ihr gerne haben, he? Einen Putsch? Will ich euch verraten: Autarkie! Nix herein lassen!«

»Sag ich ja immer«, höhnt der Wickler. »Hermetisch abschließen! Zurück zum Mittelalter!« Mit zitternden Fingern drieselt er den alten Strumpf auf. »Solange die Ziegen nicht auf den Bahndämmen weiden — — —«

Sein Satz wird zerrissen von einer dunkel rollenden Stimme. Ein großer Blonder steht am Fenster, wirbelt einen blonden Spitzbart zwischen den Fingern und deklamiert: »Mein Vater rollt auf donnerndem Wagen über die Wolken! Freya ist meine Mutter, Freya, die Blitzgeborene. Habt ihr schon Wotans Feuerlaufe erfahren? Nein? Dann rettet euch unter das Sonnenrad, flieht den Judengott! Dunkel hör ich Runen raunen — — —«

Wo hab ich doch den Spruch kürzlich gehört? — denkt der SA-Mann und sinnt und die Osterfeier seines Gaues steigt vor ihm auf:

der Held des germanischen Wethespiels in zehn Bildern... Da fühlt er eine Hand in seiner Jackentasche und vernimmt die rasche Frage: »Was hast du hier drin? Eine Waffe?« Die Hand löst sich aus der Tasche. »Sitzen bleiben! Nicht rühren! Keine Blumen in den Wagen werfen! Warum ist hier nicht abgesperrt? Eine Kette SS gehört hierher, wenn ich zum Volke spreche! — Hats nicht eben geknallt? Warum ist nicht abgesperrt?!« Und der Irre rennt angstgepeitscht durch den Gang davon.

Ein Wärter kommt geschlendert. »Verfolgungswahn«, sagt er und setzt sich zu den beiden, »den ganzen Tag jagt er so durch den Bau.« Der Wickler drieselt verblissen sein Garn. Gedämpfte Radiomusik klingt durch die geöffnete Tür des Nebenzimmers. Die Irren werden ruhig, ihre Züge entspannen sich, als ließe ein Krampf nach.

Ein Mann in blauem Anzug stapft durch den Gang, macht neben dem Wärter Halt und seufzt vernehmlich. »Ach Mensch, was beneide ich euch geschlechtsverwurzelte Leute! Ich höre fremdes Blut in mir rauschen! Arme Braut, arme Braut...«

»Red mit dem Arzt«, sagt der Wärter. »Er kann die Sache vielleicht einrenken.«

»Nix einzurenken«, stöhnt der im blauen Monteuranzug. »Ich bin vorderasiatisch gekreuzt und ostisch überlagert, erklärt der Doktor schwarz auf weiß. Oh tüchtliches Juda! Gießt Schwefelsäure mir ins Blut. Tötet den jüdischen Bazillus in meinen Adern! Arme Braut, arme Braut!« Mit einem Soufzer schlurft er davon.

Der SA-Mann steht von unten her fragend zum Wärter auf. Der lächelt: »Nein, das ist

kein Verrückter. Unser Heizer. Will zu Pfingsten heiraten und soll dem Rasseamt seinen Stammbaum beibringen...«

Die Musik von nebenan ist verschwunden. Ein Wirrwarr von Lauten, Gepfeife und Gequatsch entquillt dem Apparat, rumort eine Weile, sinkt zurück, eine heisere Stimme ringt sich durch und dröhnt schließlich aus dem Lautsprecher: »Ich bin der Herr Deutschlands...«

Der Irre Wickler hebt den Kopf und lauscht gespannt. Die Stimme dröhnt weiter: »Ich bin der Führer von achtzig Millionen! Ich werde euch retten! Ich werde die Welt vom Bolschewismus befreien! Mich hat Gott gesandt...«

Der Strumpf ist dem Wickler zu Boden geglitten. Starr hebt er den Blick ins Weite: »Hihihi, das habe ich auch gesagt — und deshalb hat man mich eingesperrt!«

Karl Rothe.

Ein Gelehrter und ein Mann

Ferdinand Tönnies gestorben.

Ferdinand Tönnies, der 81jährig gestorben ist, gilt als Begründer der Soziologie als deutschen Universitätslehre. Sein Buch »Gemeinschaft und Gesellschaft«, das er als junger Dozent verfaßte, wirkte auf diesem Gebiete bahnbrechend. Eine Generation jüngerer Gelehrter verehrte in ihm ihren Lehrer. Tönnies kam von der klassischen Philosophie und setzte sich mit Karl Marx mit wissenschaftlicher Vorurteilslosigkeit auseinander. Er wurde, ohne eigentlich Marxist zu sein, Sozialist und nach 1918 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Als Hitler kam, verließen viele deutsche Gelehrte ihr Vaterland. Andere blieben und schwiegen. Nur einer

Das Schicksal des intellektuellen Proletariats

Die deutsche Hochschule für Politik — ein Schutthaufen des Dritten Reiches

Dem Anbruch des Dritten Reiches ist eine Periode des »kalten Faschismus« vorangegangen. In dieser Periode übte die nationalsozialistische Bewegung auf das intellektuelle Proletariat eine gewaltige Anziehungskraft aus. Die Enttäuschten und Verzweifelten glaubten, daß das braune System ihnen Aufstiegschancen geben würde und die nationalsozialistische Demagogie spiegelte ihnen Luftschlöser vor. Diese Schichten haben eine grausame Ernüchterung erfahren. Für ihr Schicksal im Dritten Reich ist die Entwicklung an der »Deutschen Hochschule für Politik« besonders bezeichnend.

Die »Deutsche Hochschule für Politik in Berlin« war eine ausgesprochene Linksrückbildung. Nach Hitlers Machtantritt hat sich das braune System dieser Einrichtung bemächtigt, es hat daraus eine Art von politischem Kadettenhaus gemacht. Der Übergang wurde nicht schroff vollzogen; denn schon im Jahre 1932 hatte die innere Gleichschaltung im Bereich der Hochschule um sich gegriffen. Die verjährt »Jugendbewegten« und die »Bündischen«, die ideologisch an die Zehnerschen Mitteleuropa-Hegemonieprojekte gebunden waren — das noch pazifistisch getarnte Debut heutiger Kriegsbetzer — die Anhänger rechts-syndikalistischer Ideen waren alle bereits auf dem Wege ins Dritte Reich. Diese innere Gleichschaltung aller irgendwie »Kommendens« erreichte zwischen BVG — Streik und Reichstagsbrand bei den Voll- und Halbregenten aller Lager ihr Maximum. Die im März 1933 offiziell proklamierte Gleichschaltung stellte lediglich einen bereits abgeschlossenen Vorgang fest.

Die Mitläufer und Phantasten aus diesen Kreisen glaubten nun, innere Kolonialbeamte, Theoretiker, Führer, zumindest geistige Rumpfdröckchen werden zu können. Sie hielten den Systemwechsel lediglich für einen Namen- und Personenwechsel und übersahen die wachsende Tendenz zur Monopolisierung, Rationalisierung und Bedarfsbeschränkung im braunen System. So wesentlich die auf das intellektuelle Proletariat berechnete Demagogie in der Vorperiode der faschistischen Herrschaft war, so überflüssig, ja hinderlich, wurde sie dem offenen Faschismus. Hier wird nicht mehr versprochen, sondern nur noch erpreßt und befohlen. Der kulturelle Abbau wird offen vorgenommen. Die Männer des Systems denken nicht daran, sich selbst eine Konkurrenz zu züchten. An der Deutschen Hochschule war die Folge des Systemwechsels eine wachsende Einschränkung der Hörerzahl. Diese Erscheinung ist an der Hochschule für Politik besonders hervorgetreten — wegen des besonderen Charakters dieser Schule.

Die DHP ist eingeteilt in die Jugendabteilung (HJ und BDM), Frauenschaft, SA-Fortbildungskurs, Lehrerfortbildungskurs, ver-

bunden mit dem Vorlesungszyklus für Gasthörer, schließlich den regulären Kursus für Vollstudierende. Er umfaßt: die seminaristische Abteilung, 4 Semester, Bedingung Volksschulvorbildung; die Fortgeschrittenen-Abteilung, 4 Semester, Bedingung Uebergangsprüfung der ersten Abteilung; die akademische Abteilung, Bedingung entweder Absolvierung beider Unterabteilungen oder Nachweis eines früheren rer. pol.-Studiums an der Universität, mindestens drei Semester, bzw. Nachweis einer äquivalenten politischen oder journalistischen Praxis.

Generell für alle Abteilungen gilt: Belegminimum 10 Wochenstunden, für vollständigen Gebührenerlaß Belegmaximum 12 Wochenstunden, ferner Nachweis mindestens zweier Seminarzeugnisse mit Mindestnote gut und Nachweis der Arbeitslosigkeit. Ferner muß — bei Inländern — nachgewiesen werden, daß die Verpflichtungen gegen FAD und NSDStB erfüllt, sowie die Beiträge für Unfallversicherung bezahlt sind.

Die Erfüllung aller dieser Verpflichtungen ist — wiewohl es sich um eine erst nach 5 Uhr abends beginnende reine Fortbildungsschule handelt, nicht einmal mit einigermaßen regelmäßiger Schwarzarbeit auf die Dauer vereinbar. Da die DHP auf keinem Gebiet etwas anderes erziehen kann, als eine Reservearmee Halbqualifizierter, die nur neuerliche Stipendiaten oder mehr oder minder unbezahlte Kurzarbeiter werden können, und da zudem die Aufrüstung vom Frühjahr 1935 und der FAD alles drückend macht, erreichte die DHP im Sommersemester 1935 ein bisher unerreichtes Minimum an Hörern. Die Abhängigkeit, in die verlorene Zeit bringt, auf die gesuchteste und absurdeste Weise zu erzeugen, ist ein Hauptgrundsatz der NS-Erziehung, vor dessen Auswirkungen die Hörer flüchten.

Aus dem Hinhaltecharakter folgt, daß sogar die »Schulung« in den rein militärischen Fächern sich Zurückhaltung auferlegt, zum Teil freilich auch aus reiner Schamerei und Sparsamkeit. Mit den in der DHP gewonnenen »wehnpolitischen« Kenntnissen könnte niemand auch nur eine Unteroffiziersprüfung bestehen, mit der gleichwertigen Kenntnis vom »deutschen Rechte« wäre er nicht imstande, eine Eingabe formrichtig abzufassen. Die Gasschutzübungen auf dem Boden der Universität erfolgen mit derart überständigen Museumsmasken, daß das eindringende Tränengas besonders unter den Frauen einen Schreikampf nach dem andern auslöst. Wer geht also in die DHP? Die hinbefohlenen Stipendiaten, die ausländischen Irredentisten- oder Bundesgenossen-Verbindungsleute, die Absolventinnen eines Frauenstudiums, in dem prinzipiell keine Anstellung mehr erfolgt und die ungeschickten Streber jeder beliebigen Herkunft.

Der Halbbildungs- und Warenhauscharakter in der Mischung unvereinbarer Materien,

Denkstile und Ergebnisse — von Nietzsche bis Streicher — der die »nationalsozialistische Weltanschauung« überhaupt auszeichnet, zeigt sich nicht nur im Lehrplan, sondern unmittelbar im Gesicht des NS-Bildungsfunktionärs.

Der progressive Abbau der Hörerschaft wie der Schule selbst hat verschiedene Ursachen:

1. Die wenigen Ausländer, die nicht Emigranten oder Verbündeten-Delegierte sind, verschwanden völlig. Der letzte Schwede der DHP verließ Berlin nach dem 30. Juni 1934. Die Unbefangenen, die sich informieren wollten, haben sich abschließend informiert. Was zurückblieb, sind Interessenten im positiven oder negativen Sinne.

2. Die Tendenz der Arbeitslosen, Ueberalterten, Erwerbbeschränkten, das Studium wegen einiger Vergünstigungen zu strecken, wurde gegenstandslos durch den seit Herbst 1934 fast vollendeten Abbau aller Sozialeinrichtungen. Die »Arbeiterpartei«, die nie eine war, die laut eigener Angabe ihrer »Amtswalter« in manchen Monaten bis zu 7 RM monatlich samt Nebengebühren von gewöhnlichen Mitgliedern an reinen Vereinsabgaben durchschnittlich eintrah, — endet damit, dem Besitzer einer KPD-Legitimation praktisch gleichzustellen. Der frühere Stempel »Erwerblos« im Studienbuch der DHP (zwecks Gebührenerlaß) ist ab Frühjahr 1935 viermal so groß wie früher und überdies — rot geworden.

Das ist nicht nur eine Blumensprache. Sondern in offenen Reden des NSDStB wurde gleichzeitig die Entfernung nicht nur der Erwerblosen von der DHP verlangt, sondern aller, die der obligaten Vereinnahmung möglichst fernbleiben.

Alle diese Ursachen, die die Hörerzahl wachsend einschränken, machen natürlich auch die Lage jener Jeunesse d'orée und Halbarrierten aussichtslos, die lediglich als private »Gefolgschaft« einzelner Dozenten, auf der Suche nach Assistentenstellen, die DHP, insbesondere die Abteilung für »Volkstumskunde« bevölkert.

Diese Abteilung, als Instrument der Auslandspropaganda, läßt in Grenzen noch reine Demagogie zu. Aber auch da rationalisiert man zusehends, die Bewerber sind fast nur noch im Spionagedienst unterzubringen.

Die Lage ist: keiner darf sich einarbeiten, auch nur möglicher Konkurrent der eigenen Unentbehrlichkeit werden. Der Nazismus sucht nicht nur aus Not, sondern aus Grundsatz die Voraussetzung seiner Entstehung zu verweigern: daß der Gegensatz zwischen Berufstätigen und Arbeitslosen, wie auch beider gegenüber den virtuell Arbeitslosen im Bereich demagogischer Schein-Arbeitsbeschaffung und des propagandistischen Luftgeschäftes, größer und fühlbarer bleibe, als irgend ein Klassengegensatz. Diese

arbeitstechnische und arbeitsrechtliche Situation ist genaue Parallele der ideologischen: daß man im Prinzip jeden zu Worte kommen, aber keinen ausreden läßt. Wie die Lüge des ideologischen Korrelates des Luftgeschäftes ist, so die Halbwahrheit des ideologischen Korrelates der Kurzarbeit.

Alle diese Exklusivitätstendenzen einer negativen »Auslese« markieren sich als wachsender Rigorismus gegen jedermanns Stammesbaum, Vor- und Frühgeschichte, eine angewandte Psychoanalyse der Verdichtung bis in den Mutterleib hinein, verbunden mit dem erblichermäßigsten Rangstreit um die größere Anciennität in irgend etwas, vom Meldechein bis zum Gewerchein. Auf diesem Wege gelangte man sogar dazu, in Berlin selbst unter den Wohlfahrtsempfängern noch förmliche Kastenunterschiede nach »Gehaltsklassen« je nach Dauer der Ortsansässigkeit aufzurichten. Die Solidarität der gemeinsamen Not soll auf alle Weise gesprengt werden durch die Erregung von jedermanns Vorzugschülerinstinkt und privatesten Beeinträchtigungswahn gegenüber seinesgleichen. Die Dialektik der Entwicklung verlangt es allerdings, daß man niemand zum inneren Spion erziehen kann, ohne ihn gleichzeitig, wenn auch noch so mittelbar, zum »Meckere« zu erziehen.

Man kann die Leute nicht brauchen und schickt sie in den April zu uneinbringlichen Großmüttern, die gefragter sind, als der Menschenüberschuß der Enkel. Die aber sollen bodenständig-hypochochondrisch werden an Gretchenfragen, die im übrigen Europa kein Hund sich gefallen ließe. Man will die Leute loswerden, provozieren, auf gute Art fallen lassen können. Man hat die Geduld verloren mit ihrer Geduld. Und sie merken noch immer nichts, verstehen die Welt nicht mehr. Schweigegelder erübrigen sich gegen Menschen, die weder reden noch schweigen können, nichts wissen und nicht einmal verstehen, was sie selber erleben!

Aus den »Kommendens« der Jahre von 1933 ist längst ein mißachtetes Abfallprodukt geworden. Sie träumten von Aufstieg und Herrschaft, und nun liegen sie auf den Schutthaufen des Dritten Reiches.

Schwierigst

In der ersten Pressekonferenz nach dem »Wahltag« überbrachte Göbbels dem schreibenden Personal den Dank der Reichsregierung und der Partei. Dieser, so sagte er,

»gelte in gleicher Weise den Schriftleitern wie den Verlegern, die alle in hervorragender und erfolgreicher Weise bei der Reichstagswahl, zum Teil unter schwierigen Umständen, aber mit taktischer Klugheit und nationalsozialistischer Begeisterung sich für den Wahlkampf eingesetzt hätten.«

Was waren das für »schwierigste Umstände«? Haben sich die Balken gebogen, war das Papier nicht geduldig genug oder äußerte sich die 110prozentige Begeisterung der Leser in passiver Resistenz gegen die Zeitungswerber?

war es, der blieb und dennoch der Welt sichtbar und hörbar aufstand und sprach: das war Ferdinand Tönnies.

Es war in den kritischen ersten Wochen des Jahres 1933. Heinrich Mann und Käthe Kollwitz hatten zum Protest gegen den neuen Kurs ihren Austritt aus der Akademie angemeldet. In der Krolloper vereinigten sich führende deutsche Kulturverbände, um gegen die beginnende Barbarisierung Deutschlands ihre warnende Stimme zu erheben. Hauptredner der Tagung — die während einer Ansprache Wolfgang Helnes aufgelöst wurde — war der 78jährige Ferdinand Tönnies.

Im September 1934 tagte in Prag der 9. Internationale Philosophenkongreß. Er brachte dem greisen Gelehrten seine Huldigung dar. Dieser dankte mit einem Begrüßungsschreiben, das in wissenschaftlicher Form einen einzigen Protest gegen die geistige Verknechtung Deutschlands darstellte. Darin las man:

Im politischen Gebiete ist es offenbar, und durch Erfahrung bewährt, daß tiefgewurzelte Einrichtungen nicht beliebig aufgehoben werden können, und daß daher eine absolute Verneinung des Liberalismus, seiner Postulate und seines Geistes, die durch Jahrhunderte allmählich sich befestigt und vertieft haben, sinnlos ist; es hieß, das hochkomplizierte Gebilde des modernen Staates vernichten wollen, wenn auch seine wesentlichen Institutionen für eine gewisse Zeit durch so etwas wie cäsarische Alleinherrschaft ersetzt werden mögen — niemals für erhebliche Dauer!

Dem Soziologen und Historiker, der eines seiner Hauptwerke Thomas Hobbes und seiner Zeit gewidmet hatte, konnten die Analogien der modernsten »cäsarischen Alleinherrschaft« mit geschichtlichen Erscheinungen

ähnlicher Art nicht verborgen bleiben. Es konnte ihm also nicht so gehen wie manchen minder disziplinierten Geistern, die ihr Erlebnis als einmalig empfinden und sich dadurch in ihrer Weltanschauung erschüttert fühlen.

Gelehrte sind in Deutschland häufig, Männer selten, am seltensten Gelehrte, die auch Männer sind. Zu diesen Seltensten gehörte Ferdinand Tönnies; er war ein Gelehrter und ein Mann!

Ein heroischer Säugling

Aus dem »Westdeutschen Beobachter«
Ueber Leben und Tod waltet eine höhere Macht;

Wir folgen ihr ohne zu klagen!
Wenn auch der Tod uns ein Liebes nimmt,
Wir dürfen niemals verzagen!

UNSER KLEINE UWE
kehrte heute in der dritten Morgenstunde in die Ewigkeit zurück.

Eine schwere, tapfer ertragene Krankheit, die am 19. Februar plötzlich eintrat, raffte den bis dahin kräftigen deutschen Jungen im zarten Alter von 8 Monaten heute dahin.

J. Hans, Stellv. des Gaupresseamtsleiters

Dorris Hans, geb. Heck
Brüderchen: Rolf Hans
Schwesterchen: Inge, Lore, Hilde und Margot Hans

Köln-Marienburg, 31. März 1936
Von-Groote-Straße 44

Die Macht des Unterbewusstseins

Göring hielt in Königsberg eine Rede. Laut »DAZ« sagte er über die »nationale Erhebung« u. a.:

»Es werden später einmal die Geschichtsschreiber nicht wissen, wie sie dies bezeichnen sollen. Zum erstenmal in der Weltgeschichte werden die Historiker feststellen:

das ist nicht mit normalen Dingen zugegangen.«

Schade, noch ein bißchen mehr, und dann hätte er es verraten!

Werner Hegemann tot

Aus New York kommt die Trauerkunde, daß dort Werner Hegemann gestorben ist. Sein Hingang im rüstigen Schaffensalter bedeutet für die zeitgenössische deutsche Literatur einen harten Verlust.

Hegemann, Architekt, Polyhistor, Meister der Sprache, nahm in dem geistigen Leben der Deutschen Republik einen hervorragenden Platz ein. Es war durchaus kein Zufall, daß er durch den Schöpfer der Verfassung von Weimar, Hugo Preuß, entscheidende Förderung erfuhr. Denn ein Deutschland, das nach seiner militärischen Niederlage die Welt geistig erobern wollte — etwa wie es Frankreich nach 1871 getan hat — brauchte Männer wie Werner Hegemann, die nicht nur ihren eigenen Landsleuten, sondern den kultivierten Geistern der ganzen Welt etwas zu geben hatten.

Hegemann, den man mit Recht einen würdigen Schüler Swifts und Voltaires genannt hat, zertrümmerte den Mythos des 18. Jahrhunderts, ehe der des 20. entstand. Sein Angriff auf die Friedrich-Legende war nicht nur — durch virtuose Beherrschung der Tatsachen — »Materialschlacht«, sondern auch strategische Leistung großen Stils. Er zwang auch diejenigen, die sich nicht in allem überzeugen ließen, zu hoher Bewunderung.

Unmittelbar nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler ließ Hegemann seine »Entlarvte Geschichte« erscheinen,

eine furchtbare Anklageschrift gegen ättestes und neuestes Barbarentum, die er hohnvoll

»den Führern der Deutschen Paul von Hindenburg und Adolf Hitler in erwartungsvoller Verehrung« widmete. Er hatte die Dummheit seiner Gegner richtig eingeschätzt, sie ließen sich tatsächlich einige Zeit durch die satirisch gemeinte Widmung blenden und hielten das Buch für ein gleichgeschaltetes Produkt. Um so größer war ihre Wut, als sie ihren Hereinfall erkannten. Hegemanns Werke wurden nun der Ehre der Verbrennung für würdig befunden und ihr Autor mußte Deutschland verlassen.

In der Geschichte der Deutschen Republik bleibt seinem Werk ein Ehrenplatz. Sein Tod im Exil kennzeichnet das Verhältnis des Dritten Reiches zum deutschen Geist.

Das Land des Lächelns

»Man wiege Heiterkeit heute mit Gold auf! Denn es besteht nun einmal bei uns die Gefahr, daß die nettesten Leute, die im Privatleben ganz vergnügt sind, sich einen seriösen Vollbart umhängen, sobald sie zu schreiben anfangen. So droht der Humor auf der Bühne auszusterben und die Intendanten laufen händelnd umher, Lustspiele zu finden.«

(Deutsche Allgem. Ztg.)

Zukunft ohne Verstand

»Schularbeit ist nicht Sache des Verstandes, sondern vor allem des Gefühls. Durch die Schulung sollen wir lernen, eine bessere Zukunft zu gestalten.«

(Gauschulungsleiter Dargel, Ostpreußen, auf der Frauenschulungstagung in Rauschen.)

Der schäbige Rest liberalistischer Unternehmer

Die bösen Aktiengesellschaften-Entsozialisierung

Je drückender die sozialen Verhältnisse der Arbeiter in Hitler-Deutschland werden, um so mehr redet die Arbeitsfront von neuen Wirtschaftsethos. Gelegentlich muß auch etwas journalistische Scheinopposition gegen den Teil des Unternehmertums gemacht werden, der bislang vom Geist des Nationalsozialismus nicht einen Hauch verspürt. So jagt zur Zeit der Oberschreiber Hans Biallas unter der knalligen Überschrift »Der schäbige Rest« einen wilden Artikel durch die Arbeitsfront-Presse, in dem sich der Verfasser künstlich über die Aktiengesellschaften aufregt. Wie immer wird einleitend behauptet, daß die Nazi-Wirtschaftsführung in drei Jahren gewaltige Probleme gewälzt habe. Dann aber klagt die getreue Opposition des Führers:

»Nur eine gewisse Sorte von »Volksgenossen« versuchen es immer wieder, unter der Maske des ehrlichen und aufbauwilligen Biedermannes ihren in der Wirtschaft verlorenen Einfluß auf die »bewährte« Weise zurückzugewinnen. Es ist jener schäbige Rest von »Unternehmern«, und Wirtschaftsführern, die unbekümmert um den wirtschaftlichen und sozialen Umbruch unserer Zeit nach wie vor dem »unantastbaren« liberalistischen Grundsatz vom freien Spiel der Kräfte huldigen und die sich natürlich nie ernstlich bemühen, sich in die Gemeinschaft des schaffenden Volkes einzureihen.«

Dann wettet die Arbeitsfront gegen die Vertreter der Wirtschaft »von ehedem«, die in den Aktiengesellschaften sitzen und dort ihre Einstellung getarnt verdecken. Also ausgerechnet die Aktiengesellschaften, die das freie Spiel der Kräfte längst gegen eine Kartell-Diktatur ausgetauscht haben, werden in dieses Scheingefecht einbezogen, obwohl sich der Monopolkapitalismus dank dem faschistischen Regime einer unbegrenzten Machtfülle erfreuen darf. Diese Riesenunternehmungen haben es wahrlich nicht nötig, »verlorenen Einfluß« zurückzugewinnen zu wollen. Da beschwert sich die Arbeitsfront, daß die bösen Aktiengesellschaften in ihren Geschäftsberichten »nur ein verschwommenes höchst unklares Bild in Form von sogenannten Geschäftsberichten geben«. Die Unternehmungsform der AG werde zu eigennütigen Zwecken mißbraucht. Da die Aktiengesellschaften keinen schäbigen Rest der Nazi-Wirtschaft darstellen, sondern die gesamte Großindustrie umfassen, so sind die folgenden Ausführungen eine ungewollte Selbstkritik des Nationalsozialismus. Da wird geschrieben:

»Die kritische und vergleichende Betrachtung der gerade in den letzten Wochen zur Veröffentlichung gelangten Geschäftsberichte, Abschlüsse, Gewinn- und Verlustrechnung verschiedener Unternehmungen läßt den dauernden, nur auf Eigennutz abgestellten Einfluß und das anonyme Regime gewisser gemeinschaftsfeindlicher Kapitalkreise immer wieder erkennen. Es ist gewiß nicht bloß als Zufall zu werten, wenn in den letzten Geschäftsberichten verschiedener Aktiengesellschaften sich ein recht mageres soziales Bild bietet. Hin und wieder ist in der Sozialbilanz einiger Unternehmungen der bisher übliche Ausdruck »soziale Lasten« durch »soziale Leistungen« ersetzt worden. Zahlen, die den Stand sozialer Zuwendungen und Wohlfahrtsleistungen seitens der Betriebsführung an die Gefolgenschaft unter Beweis stellen, sind hingegen in den Geschäftsberichten dieser Gesellschaften fast gar nicht enthalten.«

Man hat entdeckt, daß Ausschüttung von Dividenden an die Aktionäre, Tantiemenzahlungen an Aufsichtsrat und Vorstand zu finden sind, vergebens aber spähe man in den Geschäftsberichten und Bilanzen nach freiwilligen Zuwendungen an die Gefolgenschaften, nach Ueberweisungen an die Unterstützungsfonds oder andere soziale Einrichtungen. Das Statistische Reichsamt hat von 200 Gesellschaften Berichte und Bilanzen veröffentlicht und bescheinigt, daß »die Erfüllung der sozialen Verpflichtungen bei einzelnen Unternehmungen noch sehr im argen liegt«, obgleich überall die Dividenden beträchtliche Steigerungen erfahren haben. Die Kritiker verschweigen wohlweislich, wie groß die Zahl dieser einzelnen Betriebe ist. Natürlich beleuchten diese Gesellschaftsberichte nach Meinung der Arbeitsfront lediglich und blitzartig nur die »liberalistische Wirtschaftsgewinnung« der Ewiggestrigen.

Es ist eine faustdicke Lüge, wenn der Artikel mit dem Lippenbekenntnis schließt, daß »der schäbige Rest keinen Platz mehr im Kreis der Wirtschaftsträger habe«. Nein, es war der Nationalsozialismus und kein anderer, der für diese hemmungslose Ausbeutung in Deutschland unter schlimmer Vergewaltigung der Arbeiterschaft erst Platz gemacht hat. Keinen Raum finden in Hitler-Deutsch-

land nur diejenigen, die es wagen, die herrschende Unternehmerdiktatur bei ihrem Namen zu nennen.

Es zeigt die ganze Schamlosigkeit dieser Arbeiterbetrüger, daß die Deutsche Arbeits-Korrespondenz vom 16. April vom »schäbigen Rest« der Unternehmer berichtet, in einer vorübergehenden Nummer der DAK v. 9. April aber verkündet wird, daß die deutsche Energiewirtschaft eine Neuordnung erfahren hat. Die Energiequellen, die — wenn überhaupt von einer Gemeinwirtschaft gesprochen werden darf — Allgemeingut der Nation sein müßten, werden von Hitler dem Privatkapital ausdrücklich übereignet. Zynisch und frech berichten die Auchsozialisten der Arbeitsfront, daß das Gesetz zur Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft vom Jahre 1919 zerfetzt und durch eine Neuordnung ersetzt worden ist. Dafür hat man die Energiewirtschaft einer Aufsicht des Reiches unterstellt. Als volkswirtschaftliche Bedingungen werden bekannt gegeben:

1. wirtschaftliche Erstellung der in Deutschland benötigten Energiemengen
 2. soziale Verteilung dieser Energiemengen
 3. Sicherstellung der Energieversorgung
- Die neue nationalsozialistische Energiewirtschaft begnügt sich, eine Verteilungsorganisation zu fördern, findet es aber durchaus in der Ordnung, die wichtige und ertragreiche Schlüsselindustrie einem Privatmonopol auszuliefern und sich mit einer Staatsaufsicht nach der technischen Seite zu begnügen. »Der schäbige Rest« des Sozialisierungsgesetzes aber wird unter dem Jubel der Nazis auf den Kehricht geworfen.

Es versteht sich am Rande, daß im Natio-

Neudeutsche Wissenschaft

Zerschnittene Dinarier, überlappte Osteuropide, kurzschnüdelige Norden

In »Forschungen und Fortschritten«, dem »Nachrichtenblatt der deutschen Wissenschaft und Technik«, versucht ein Rasseprofessor der Breslauer Universität namens Eickstedt (Egon, Freiherr von) seine deutschen Mitbürger von der ziemlich nordischen Blutzusammensetzung der schlesischen Bevölkerung zu überzeugen. Bisher waren nämlich verschiedene Kanonen vom Fach der Meinung, die Schlesier seien ein elender Mischmasch teils »salpiner«, teils »osteuropider« Artung. Da ist nun also jener Eickstedt mit »20 geschulten Mitarbeitern des Anthropologischen Instituts, Breslau, losgegangen, um »die größte rassenkundliche Erhebung an ortsansässiger Bevölkerung, die bisher irgendwo und irgendwann ausgeführt wurde«, in Szene zu setzen. Von den 20 Mitarbeitern werden einige genannt. Sie heißen: Schwidetzky, Kubiczek, Blazycek und sind allein schon durch den rein nordischen Klang ihrer Namen für den Dienst an der Reinhaltung des germanischen Blutes prädestiniert.

Mit Zirkel, Maßstock und tierischem Ernst gingen die Herren auf die Reise. »Dorf um Dorf wurden die kontrollierten Ergebnisse der Rassenformeln in die Dorftränge der Karten eingetragen«. Und was sich dabei herausstellte, muß selbst den unverfrorensten Rasseketter tief erschüttern. Es zeigte sich nämlich, daß die Nordischen im ganzen Westen von Schlesien überwiegen, daß dagegen im Osten, besonders um Gletwitz herum, auffallend viele Osteuropide ihr Unwesen treiben, während das Schwergewicht der Dinarier im Süden liegt. Mit den Dinariern ist das überhaupt eine schreckliche Geschichte. Sie »kleben beidodrig an den hohen Böden, werden aber gerade in Odernähe in ihrer ganzen Tiefe zerschnitten« — die Aermsten. Aber sie mögen sich trösten, die Anwohner der Oderstraße sind überhaupt sehr böse daran, denn die Oderstraße »erscheint bei allen Rassen als rassische Trümmerzone mit Ueberlappungen, Rassenbornen und Horsten und mit vielfach überwiegender Nordidbeteiligung«. Das muß ganz scheußlich sein.

Zwar werden wir darüber belehrt, daß Oberschlesien als »ein uralter Rasseknotenpunkt« erscheint, wer aber daraus Schlüsse auf die schlesische Gesamtbevölkerung ziehen will, der ist einer »atomistischen Betrachtungsweise zum Opfer gefallen«, und dieser Atomismus hat Schreckliches auf dem Gewissen. Er brachte es z. B. fertig, »das

nalsozialismus bei der unerhörten Machtstellung der Lieferwerke die Verbraucher keinerlei Mitbestimmung haben und den Energietarifen der Monopolgewaltigen ausgeliefert sind.

Ein anderer schäbiger Rest staatswirtschaftlicher Maßnahmen aus der Zeit der Systemparteien war schon vor einigen Wochen beseitigt worden, als über 100 Mill. Reichsmark Aktienbesitz aus der Hand des Reiches an die Vereinigten Stahlwerke abgegeben worden war. Die Abstoßung der Deschimag-Aktien durch das Reich und den Staat Bremen an eine Privatgruppe liegt auf derselben Linie. Weitere Reprivatisierungsaktionen stehen noch bevor. Bei der Dresdner Bank sollen 100 Millionen Reichsbesitz abgestoßen werden, bei den Schiffahrtsgroßreedereien soll der Ausverkauf des Reiches fortgesetzt werden. Angesichts des wachsenden Reichskassenbedarfs wird neuerdings sogar erwogen, den alten Sachbesitz des Reiches ebenfalls zu mobilisieren, wobei vor dem größten Reichskonzern, der Dachgesellschaft aller in öffentlichen Besitz befindlichen Industrien der Viag, nicht Halt gemacht werden soll.

Es wird immer deutlicher, daß der Totalitätsanspruch des Dritten Reiches gegenüber der privatkapitalistischen Wirtschaft völlig kapituliert. Die »antikapitalistische Sehnsucht« der Nazis mündet in der Verewigung des privatkapitalistischen Eigentumsbegriffes. Und wer nicht glaubt, ist ein Ewiggestriger.

Das wars, was vom Deutschen Sozialismus Adolf Hitlers aus den »Kampfjahren« übrig geblieben ist, nichts als eine Portion verlogener Propagandaartikel — ein wahrlich schäbiger Rest.

an sich so klare Bild durch eine Eintragung der Dorfmittelwerte des Kopfindex allein völlig zu verwischen«. Eckstedt ist schlauer, er stellt fest:

»Beim Kopfindex in Schlesien ist es völlig eindeutig, daß mehr-rassische Einflüsse und mehr-rassische Variabilität sich sehr stark überschneiden, daß der Index — selbst ja schon eine künstliche Abstraktion — im Mittelwert keinerlei analytischen Wert mehr besitzt. Nicht viel anders verhalten sich Gesichtsindex und Körperhöhe.«

Also an den Gesichtern, an der Kopfform und an der Körperhöhe ist die nordische Rasse der Schlesier nicht zu erkennen. An die blonden Haare dürfen wir uns nicht klammern, das hat uns der Rassenober Günther höchstselbst verboten, und die blauen Augen wurden auf Befehl des Propagandaministers fallen gelassen. Vor der Uebererschätzung der viel gepriesenen nordischen Langschädlichkeit warnt uns der Breslauer Freiherr und Professor ausdrücklich: Beim Kopfindex in Schlesien, so doziert er,

»laufen die Dorfwerte nämlich von etwa 84 bis 87 und darüber. Das heißt nichts anderes, als daß die Gesamtheit der oberschlesischen Bevölkerung zu den kurzköpfigsten Populationen der ganzen Erde gehört. Es heißt das damit aber auch, daß die dortigen Nordischen eindeutig kurzköpfig sind, nicht mehr minder kurzköpfig, wie sonst auf deutschem Boden. Allerdings sind sie — das sei eingeschoben — in ihren Mitteln doch immer noch ein wenig längerköpfig als die übrigen Rassen.«

Also die kurzköpfigste Population der Erde und doch immer noch ein wenig längerköpfig. Jetzt haben selbst wir keine meckerischen Fragen mehr zu stellen. Was Kopfform, Größe, Haar- und Augenfarbe, wir fühlen deutlich: hier hilft nur noch der Glaube. Die Schlesier sind und bleiben — von einigen Ueberlappungen abgesehen — reine Norden, daran kann länger kein Zweifel sein. Den schlesischen Herren Schwidetzky, Kubiczek und Blazycek, denen es gelang, uns zu überzeugen, danken wir an dieser Stelle nochmal ausdrücklich.

Futterkrippen frei!

Die Juden und Marxisten sind erledigt — weg mit den Kranken!

Die neue »Bestellungsordnung für Aerzte« — in Deutschland gibt es künftig keine »approbierten«, nur mehr »bestallte« Aerzte, und es wird behauptet, das Wort leitete sich

von Saustall her — die neue Ordnung also bestimmt,

»daß die Zulassung zu den Prüfungen und zum praktischen Jahr zu versagen ist, wenn der Antragsteller die bürgerlichen Ehrenrechte nicht besitzt, wenn ihm die erforderliche nationale oder stittliche Zuverlässigkeit fehlt, wenn ihm wegen eines körperlichen Gebrechens oder wegen Schwäche seiner geistigen Kräfte oder wegen einer Sucht die erforderliche Eignung oder Zuverlässigkeit fehlt, und wenn er schließlich wegen seiner oder seines Ehegatten Abstammung nicht Beamter werden könnte.«

Das bedeutet nicht nur die Ausschaltung aller etwa noch studierender Neinsager von den Prüfungen und damit von ihrem erwählten Beruf, es bedeutet u. a. auch, daß junge Menschen, die körperlich behindert sind, etwa an einem Klumpfuß leiden wie Herr Göbbels, keine Aussicht haben, im Dritten Reich das Amt eines Aerztes auszuüben. Das ist natürlich unsinnig, und selbst die Verfasser der Bestallungsordnung werden uns nicht erklären können, warum körperliche Gebrechens »die erforderliche Eignung« für den ärztlichen Beruf ausschließen. Aber man folgt hier nur einem deutlich erkennbarem Zug, der augenblicklich durch ganz Deutschland geht, dem Zug nach weiterer Entlastung der Futterkrippen. Schon wurde den jungen Menschen mit schwereren Körperfehlern die Lehreraufbahn versperrt, schon verlangt man von den Abiturienten den Nachweis voller körperlicher Gesundheit — jetzt ist das medizinische Studium an der Reihe, und eines Tages werden die Kranken und Kränklichen mit Juden und Marxisten auf einer Stufe stehen. Fehlt nur noch die Verweigerung des Reichsbürgerrechts.

Göbbels sagt die Wahrheit

In seiner Gratulationsrede für Hitler, die auf deutsch, spanisch, portugiesisch und holländisch in die ganze Welt gesendet wurde, sagte Göbbels:

»Ich habe heute das Glück zu sprechen im Namen jener ungezählten Millionen, die am 29. März für Adolf Hitler gestimmt haben.«

Göbbels weiß also, daß gar nicht gezählt worden ist. Natürlich, er ist ja der nächste dazu.

Zeitschrift für Sozialismus

Das Aprilheft der wissenschaftlichen Monatschrift der reichsdeutschen Sozialdemokratie enthält folgende Aufsätze:

- Karl Henrichsen:
Die Geduldprobe
- J. Landau:
Polen vor der Krise
- Fritz Alsen:
Napoleon III. und Hitler
- Kurt Marso:
Der Etatismus, eine neue Etappe des Kapitalismus
- Glossen — Bücherschau.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt durch die Verlagsanstalt »Graphia«, Karlsbad. Preis des Heftes 4 Kč.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«, alle in Karlsbad. Zeitungstarif P. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Belga 0.45 (5.90), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-195.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.065. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.